

www.CBGnetwork.org

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Nr. 4/2017 34. Jahrgang

BAYERs Lieferketten in der Kritik
Pharma-Kloake Indien

Weitere Themen:

EU prüft MONSANTO-Deal weiter

Mondpreise für BAYER-Arznei

Der BAYER-Putsch von 1917

COORDINATION GEGEN BAYER -GEFAHREN (CBG)



#jederkenntdiealternative

**STÜRZT
DAS
SYSTEM!**



Damit Pappbecher, Verpackungen und Büropapier nicht zu einem unlösbaren Problem für Umwelt & Zivilisation werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen kennt jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag der Initiativen für
Verbraucherschutz
und Entwicklung

ROBIN WOOD
Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

Unterstützen Sie ROBIN WOOD www.robinwood.de/spenden
oder rufen Sie uns an 040 380892-0

föp



© Karikatur: Ulrich Volkenannt

Siehe Seite 20

Inhalt

- 6 Mondpreise für BETASERON**
US-Kongress startet Untersuchung
- 8 BAYERs Staatsstreich**
1917 stürzte der Multi den Reichskanzler
- 14 Im Wartestand**
EU prüft MONSANTO-Deal weiter
- 17 Lokaltermin in Leverkusen**
Proteste gegen die geplante MONSANTO-Übernahme
- 18 Geschäftsgeheimniskrämerei**
Behörde verweigert Auskunft zu BAYER-Pestizid

- 20 Schmutzige BAYER-Pillen**
Die Nebenwirkungen der Globalisierung

Rubriken

- 5 Editorial**
Impressum
- 7 Promis gegen Profit**
O-Ton BAYER
- 28 CBG bei der Arbeit**
- 29 Echo**
- 30 Au weia, BAYER**

IN ERINNERUNG BLEIBEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift



**Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)**

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org

Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

35. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Jan Pehrke (jp), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2013
(1/1 S. sw 990,- Euro, zzgl. MWST.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder Email bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hilrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / Mitglied des Bundestags / Berlin,
Wolfram Esche / Rechtsanwalt / Köln,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Dr. Sigrid Müller / Pharmakologin / Bremen,
Prof. Dr. Jürgen Rochlitz / Chemiker / Burgwald,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt,
Arne Semsrott / Politologe / Berlin

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

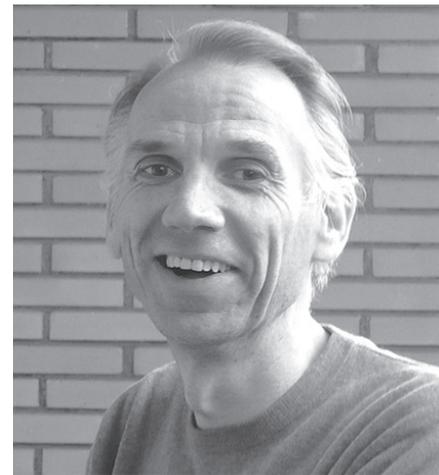
Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Liebe Leserinnen und Leser,

Gewässer, die turmhohe Schneelandschaften aus weißen Schäumen mit sich führen, die in allen Farben des Spektrums schillern und unter sich bis zu einer Tiefe von 60 Metern ein tiefschwarzes, teeriges Sediment bergen – so kommt die Globalisierung im indischen Hyderabad an. Big Pharma hat die Stadt nämlich zu einem bedeutenden Glied in seiner Lieferkette gemacht, und das hat für die Flüsse und Seen der Umgebung Nebenwirkungen wie die oben beschriebenen. In dieser Ausgabe beschäftigt sich das *Stichwort BAYER* ausführlich mit den Folgen, die das neue Akkumulationsregime der Pillen-Riesen für Mensch, Tier und Umwelt hat und geht dabei natürlich wie gewohnt besonders auf die Rolle ein, die BAYER dabei spielt.

Der Leverkusener Multi hat aber noch andere Möglichkeiten, die Rendite seiner Arznei-Sparte zu erhöhen, als die Standortvorteile auszunutzen, die ihm Länder der „Dritten Welt“ bieten. Auch in Industriestaaten finden sich solche. Die USA beispielsweise setzen – dem Neoliberalismus sei dank – der Preis-Gestaltung bei Medikamenten kaum Grenzen. Entsprechend teuer bieten die Konzerne ihre Produkte dort an. So kostet eine Jahres-Therapie mit BAYERs BETASERON, einem Präparat zur Behandlung der Multiplen Sklerose, in den Vereinigten Staaten mittlerweile 91.000 Dollar – in der Bundesrepublik sind es umgerechnet „nur“ 21.500 Dollar. Aber zum Glück können wir diesmal mit etwas Positivem dienen und eine hoffnungsvoll stimmende Nachricht vermelden: Der US-Kongress will den Mondpreisen auf die Spur kommen und hat eine Untersuchung eingeleitet.

Eine Untersuchung nimmt auch die EU gerade vor, und die darf in unserem Heft ebenfalls nicht fehlen. Die Wettbewerbsbehörde prüft seit Anfang Juli 2017 BAYERs Antrag auf Bewilligung der Übernahme von MONSANTO. Und Brüssel geht dabei sogar in die Verlängerung. Aber trotzdem lassen Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager und ihr Team dabei so einiges außer Acht wie beispielsweise die Auswirkungen des Mega-Deals auf die



Arbeitsplätze, die Unternehmenssteuer-Einnahmen der Standort-Städte, die Situation in den Ländern des globalen Südens und auf die Umwelt im Allgemeinen und das Klima im Besonderen. Der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und anderen Initiativen, die diese Punkte auf die Agenda der „Generaldirektion Wettbewerb“ gesetzt hatten, antwortete Vestager: „Auch wenn diese Bedenken sehr wichtig sind, bilden sie nicht die Grundlage für das Fusionskontroll-Verfahren.“ Dieses konzentrierte sich allein auf Fragen des Wettbewerbs, stellte die Dänin klar.

Eine nur wenig sach- aber sehr konzerndienliche Auffassung vom Umgang mit Genehmigungen legt auch das „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ (BVL) an den Tag. Das musste das UMWELTINSTITUT MÜNCHEN erfahren. Es erbat sich vom BVL Angaben zum Stand des Zulassungsverfahrens bei BAYERs Pestizid SIVANTO, denn es gibt Belege über die Bienengefährlichkeit des Mittels. Aber das Amt mauerte unter Verweis auf das Betriebsgeheimnis des Leverkusener Multis. Darum klagt das Umweltinstitut jetzt auf Herausgabe der Informationen, wie seine Fachreferentin Christine Vogt für das *SWB* berichtet, und tritt damit in die juristischen Fußstapfen der Coordination.

Von Amts wegen für den Unternehmenssegen – so weit reicht die Macht der Konzerne. Und die von BAYER reichte 1917 sogar dazu, den Reichskanzler zu stürzen. Otto Köhler hat sich für uns mit dem Fall befasst. Das muss als Lesestoff für den Herbst erst einmal reichen, meint Ihr

Jan Pehrke

BAYER in der Kritik

Mondpreise für BETASERON

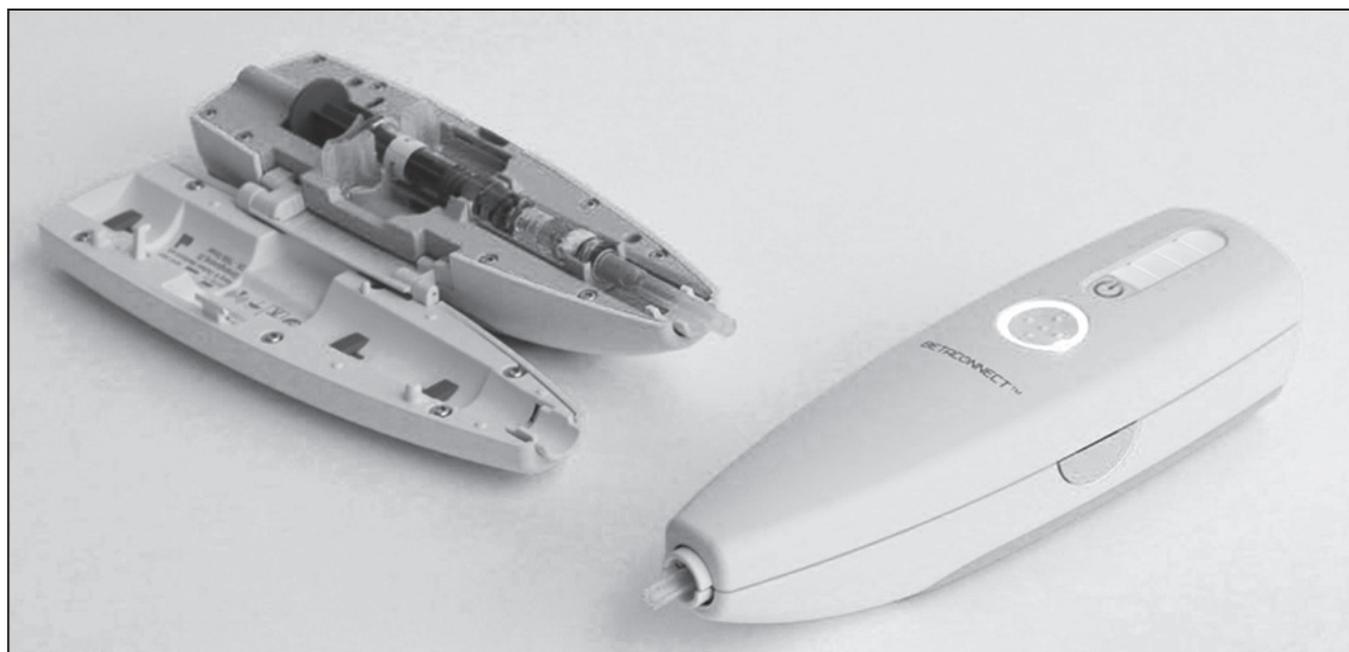


Foto: BAYER

Gerät zur automatischen Injektion von BETASERON

Den Pharma-Riesen droht Ärger im Pillen-Paradies. Der Kongress der Vereinigten Staaten will durch eine Untersuchung klären lassen, wie die hohen Preise für BAYERs BETASERON und andere Präparate zur Behandlung der Multiplen Sklerose zustande kommen.

Von Jan Pehrke

„Darf’s ein bisschen mehr sein?“, diese Frage beantwortete sich die Pharma-Riesen in den USA mit Vorliebe selbst: Immer wieder erhöhen sie die Preise für ihre bei der Multiplen Sklerose zum Einsatz kommenden Präparate. Eine Jahres-Therapie mit BAYERs BETASERON etwa, die 1993 mit 11.500 Dollar zu Buche schlug, kostete 2013 schon 60.000 Dollar. Auf solche Steigerungsraten kommen andere Arzneien bei Weitem nicht, wie eine Studie von Daniel M. Hartung und seinem Team ergab. Während BETASERON & Co. sich in dem Zeitraum per anno durchschnittlich um 21 bis 36 Prozent verteuerten, legte die übrigen Pharmazeutika bloß um drei bis fünf Prozent zu. Und mittlerweile verlangen die

Konzerne noch mehr für ihre Produkte. So will der bundesdeutsche Pillen-Riese jetzt bereits 91.000 Dollar für sein Präparat haben, das ihm 2016 in den USA einen Umsatz von 386 Millionen Euro bescherte. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik müssen die Krankenkassen für eine solche Behandlung mit dem Medikament umgerechnet „nur“ 21.500 Dollar zahlen. Wegen solcher alles als andere als „feinen Unterschiede“ hat der US-Kongress auf Initiative der demokratischen Abgeordneten Elijah Cummings und Peter Welch einen Untersuchungsausschuss auf den Weg gebracht. BAYER und sechs weitere Hersteller von MS-Medikamenten sind nun aufgefordert, dem Gremium firmen-

interne Dokumente mit aussagekräftigen Angaben zu den Profiten, Preis-Strategien, Vertriebssystemen und PatientInnen-Programmen in diesem Markt-Segment zur Verfügung zu stellen. „Wir glauben, dass kein Amerikaner gezwungen sein sollte, darum zu kämpfen, sich lebensrettende Medikamente leisten zu können, insbesondere dann nicht, wenn Pharma-Konzerne ihre Preise ohne Vorwarnung, Grund oder Rechtfertigung anheben“, erklärten die beiden Politiker.

Galten die USA lange als Pharma-Paradies, in dem die neoliberale Ideologie Eingriffe jeglicher Art in das Wirtschaftsleben tabuisierte, weshalb der Phantasie von BAYER & Co. bei der Preis-Gestaltung



Die beiden demokratischen Kongress-Abgeordneten Peter Welch und Elijah Cummings

keine Grenzen gesetzt waren, so gerät das Treiben der Konzerne seit einiger Zeit verstärkt in den Blick von Politik und Öffentlichkeit. Auch der Kongress hat sich nicht zum ersten Mal mit den Kosten von Medikamenten beschäftigt. Und frühere „in-depth investigations“ führten durchaus schon zur Verbilligung von Arzneien.

Dazu könnte es nun bei BETASERON & Co. ebenfalls kommen. Die Studie von Daniel Hartung, die Cummings und Welch zu ihrem Vorstoß anregte, vermochte nämlich keine rationale Gründe für die Preis-Explosionen bei den MS-Präparaten zu finden. Die größten Anhebungen nahmen die Unternehmen vielmehr stets dann vor, wenn teure neue Produkte auf den Markt kamen. „Nach der klassischen ökonomischen Theorie sollte der Wettbewerb eigentlich die Kosten für den Verbraucher senken oder zumindest stabilisieren“, wundern sich die AutorInnen. Ihnen zufolge bleibt nur eine Möglichkeit, dieses Phänomen zu deuten: „Die einfachste Erklärung ist, dass die Pharma-Produzenten die Preise für alte und neue MS-Arzneien erhöhen, um mehr Profite zu machen.“ Wobei die Konzerne weitgehend freie Hand haben: Den Pharmazeutika droht wegen ihres komplexen Aufbaus kaum Konkurrenz von Nachahmer-Präparaten. Da diese Unternehmenspolitik „eine Kaskade negativer Effekte für die MS-Patien-

Innen“ produziert, werfen Hartung und seine KollegInnen auch die Frage nach der „Ethik unseres gegenwärtigen, dem freien Markt unterworfenen Arzneipreissystems“ auf und fordern gesundheitspolitische Maßnahmen.

PatientInnen-Verbände verlangen ebenfalls solche Schritte. So hat die „National MS Society“ im September 2016 eine Kampagne für billigere MS-Medikamente gestartet. „Der kontinuierliche Preis-Anstieg für Arzneien zur Linderung der Multiplen Sklerose errichtet für die Patienten Barrieren, die für sie lebenswichtige Medikationen auch zu erhalten“, erklärte der Verband. Das Attribut „lebenswichtig“ trifft dabei auf BETASERON, das BAYER in der Bundesrepublik unter dem Namen „BETAFERON“ vermarktet, nur eingeschränkt zu, denn das Mittel steht wegen seiner vielen Neben- und nur eingeschränkten Hauptwirkungen in der Kritik

(SWB 4/14). Aber nicht nur das lässt der Leverkusener Multi an sich abprallen. Er zeigt sich auch ungerührt von den Ermittlungen in Sachen „Mondpreise“. „BAYERS Engagement für die MS-Kranken begann bereits vor 25 Jahren, und wir fühlen uns weiterhin verpflichtet, den Bedürfnissen der Patienten gerecht zu werden“, heißt es in der Stellungnahme des Konzerns zur angekündigten Untersuchung des Kongresses scheinheilig. ←

„Die einfachste Erklärung ist, dass die Pharma-Produzenten die Preise für alte und neue MS-Arzneien erhöhen, um mehr Profite zu machen.“

O-Ton BAYER



„Derart kompromisslos gegen Gentechnik zu sein, halte ich für ethisch fragwürdig.“

BAYER-Chef Werner Baumann zur Kritik am Vitamin-A-Reis, den er für ein probates Mittel gegen die Mangelernährung vieler Menschen in den Ländern der „Dritten Welt“ hält

Promis gegen Profit



„Der Kapitalismus war und ist – und wird es bis in seine letzten Züge bleiben – ein auf systematischer Ungerechtigkeit und strukturellem Rassismus aufbauendes Wirtschaftssystem, das naturgemäß zu Migrationsbewegungen der Ausgebeuteten führt.“

Armen Avanessian, österreichischer Literatur-Wissenschaftler

Wie Carl Duisberg 1917 Bethmann Hollweg stürzte

BAYERs Staatsstreich



Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg

Vor hundert Jahren wurde Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg zum Rücktritt gezwungen. Die von dem BAYER-Chef Carl Duisberg zusammen mit der Obersten Heeresleitung entfesselte Treibjagd hatte Erfolg. Damit war jede Aussicht auf einen Verständigungsfrieden im Ersten Weltkrieg zunichte gemacht

Von Otto Köhler

Zwölf Jahre sind nun schon vergangen, seit der renommierte Verlag C. H. Beck in Tatgemeinschaft mit dem nicht weniger angesehenen Strukturhistoriker Hans-Ulrich Wehler geschichtsamtlich festgelegt hatte, was heute vor hundert Jahren geschah und was Friedrich Meinecke, der „führende Repräsentant der deutschen

Geschichtswissenschaft“ (Gerhard A. Ritter) als „Militärrevolution“ völlig falsch erlebt haben muss. Damals, 2005, ging es darum, dass bei Beck die in halb Europa gedruckte „Kurze Geschichte der Demokratie“ des Althistorikers Luciano Canfora nicht verlegt werden durfte. Unter anderem deshalb, weil Canfora unter Berufung

auf Meinecke schrieb, dass Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg durch einen „staatsstreichähnlichen Akt abgesetzt“ wurde. Beck-Cheflektor Dr. Detlef Felken stellte in einer an alle großen Feuilleton-Redaktionen verteilten Fehlerliste fest, es sei „falsch“, dass des Reichskanzlers Absetzung 1917 einem Staats-

streich nahegekommen sei. Und Professor Dr. Wehler bekräftigte: „Die Absetzung von Bethmann-Hollweg [sic] hat nichts mit einem Staatsstreich zu tun.“ Nichts?

Weg mit Schöffen und Gerichten

Für Geheimrat Carl Duisberg, den Generaldirektor von BAYER & Co. in Leverkusen und Gründer der später bis nach Auschwitz ausgreifenden INTERESSENGEMEINSCHAFT FARBEN, begann das Jahr 1917 mit allerlei Arbeit. Wichtig war zunächst einmal, mit der Justiz aufzuräumen. Und da kam Duisberg ein Aufruf des Verlegers und „Schriftleiters“ der *Deutschen Juristen-Zeitung*, Dr. Otto Liebmann, gerade recht. Der hatte sich an eine „Anzahl hervorragender Männer“ gewandt, sie sollten unter der Überschrift „ein dringendes Gebot“ für eine „Einschränkung der Rechtspflege auf das Notwendigste“ eintreten. Das kam Carl Duisberg sehr gelegen. „Ihr Mahnwort an die Justiz und an das deutsche Volk – ein dringendes Gebot – es kommt zur rechten Zeit, am rechten Ort.“ Denn, so formulierte es Duisberg: „Das Friedensangebot, selbst wenn es von unseren Feinden angenommen wird, zwingt uns zum energischen“ – und für BAYER profitablen – „Wettrüsten, erst recht aber, wenn es leider vergeblich gewesen ist. Dann heißt es, zum letzten Schlag, zum entscheidenden Sieg alles einzusetzen für unseres Volkes Existenz, für Deutschlands Ehre. Dann hinweg mit Klagen und Prozessen, mit Schöffen und Schwurgerichten.“

Dieser Aufruf machte sich gut in Deutschlands führender Juristenzeitung, die pünktlich 1933 vom Verlag C. H. Beck arisiert wurde, der wiederum Carl Schmitt („Der Führer schützt das Recht“, 1934) als Herausgeber einsetzte. Duisberg hatte allerdings banale Motive für seine Forderung, Klagen, Prozesse und Gerichte hinwegzufegen.

Bitter hatte er sich in früher bei Oberstleutnant Max Bauer – seinem Vertrauten in Paul von Hindenburgs und Erich Ludendorffs Oberster Heeresleitung, mit dem er seine Rüstungs- und Giftgasgeschäfte abwickelte – über den Kriegsminister Adolf Wild von Hohenborn beklagt: „Wir wurden gebremst, wenn wir uns weiter betätigen wollten, wir wurden verärgert und in die Schranken des bürokratischen, geschäftsordnungsmäßigen Betriebes zurückgewiesen, wir wurden geschimpft und gescholten, wenn wir uns rührten und regten und aus dem gewohnten Gleise heraustraten. Anstelle dankbarer Anerken-



BAYER zählte im Ersten Weltkrieg zu den größten Giftgas-Produzenten

nung, wie wir sie erwarten konnten, und wie sie zeitweise auch gewährt wurde, trat die übliche, nie Lob, aber wohl Tadel zeigende Amtsmiene, trat Krittellei und Nörgelei und von der Reichstagsmehrheit gewünschte Knauserie.“

Besonders heilig waren Duisberg die Kriegsprofite, deren gerichtliche Untersuchung er fürchten musste. Dem in einem Schreiben des Kriegsministeriums geäußerten Begehren, die an Rüstungsaufträgen wild verdienende Industrie solle sich in die Bücher gucken lassen, begegnete er mit verständlicher Wut. Auf dieses Verlangen gebe es, schrieb er im Brief an Bauer, „keine Antwort als die von der gesamten Industrie beschlossene Ablehnung dieses Eindringens in die tiefsten Geheimnisse unserer Privatwirtschaft, um entweder die Schwachen, Ängstlichen und nicht auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit Stehenden zu falschen Mitteilungen zu veranlassen oder den Tüchtigen, Starken und Aufrichtigen aus den Einzelheiten ihrer Preisaufstellung einen Strick zu drehen“.

Doch den wollte er sich nicht drehen lassen. Darum forderte er fürs neue Jahr 1917: „[H]inweg mit Klagen und Prozessen, mit Schöffen und Schwurgerichten.“ Der Kriegsminister von Hohenborn war nun weg. Jetzt galt es im neuen Jahr, den

mit den Forderungen der Militärs nicht ganz kompatiblen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg aus dem Amt zu jagen. Der hatte zwar von Anfang an den Krieg ordentlich mitgemacht und befriedigende Kriegsziele entwickelt, aber jetzt – die Siege blieben aus – machte der Zivilist schlapp und setzte auf einen „Verständigungsfrieden“. Das konnte weder der Heeresleitung noch der Rüstungsindustrie recht sein, die beide solide vom Krieg genährt wurden.

Männer aus Stahl

Und so fand sich Carl Duisberg am Sonnabend, den 13. Januar 1917 – genau sechs Monate, bevor Bethmann Hollweg zurückgetreten wurde – im Düsseldorfer Industrie-Club wie schon im Vorjahr mit einer „Tischrede“ vor den deutschen Schwerindustriellen und Generälen wieder. Ihm war bekannt: „Im Schützengraben kämpfen zwar Gebildete und Ungebildete, Arme und Reiche nebeneinander. Aber die Masse daselbst wird repräsentiert durch die Unterschicht. Da nun die Friedensbewegung von seiten der Sozialdemokratie – „Friedensflennerei“ hatte er so was gerade genannt – „hier in intensivster Weise betrieben worden war, musste man darauf Rücksicht nehmen.“ Es sei ja ohnedies klar



Foto: BAYER

Schreibtischtäter Carl Duisberg

gewesen, „dass ein solches Angebot beim Gegner keinen Erfolg haben könnte“. „Bravo“ ertönte es da von den Tischen. „Jetzt sind hoffentlich die Freunde des ewigen Friedens endgültig davon überzeugt, dass es wirklich um Sein oder Nichtsein eines jeden von uns geht.“ – „Sehr richtig“ lautete die Antwort aus dem Saal.

Nun sollte es wirklich möglich sein, die „fehlende Einigkeit“ des deutschen Volkes wiederherzustellen, wie sie im Jahr 1914 bestand: „Jetzt könnte ein starker energischer Mann an der Spitze der deutschen Reichsleitung stehend, dies mit Leichtigkeit machen.“ Der rechte Moment sei allerdings schon verpasst: „Es fehlt eben dem deutschen Volke eine solche Bismarck-Natur.“

Aber da gibt es noch Hindenburg. Und den „ungehemmten U-Bootkrieg“ gegen Amerika und seine Schiffe. Keine Furcht vor einer Kriegserklärung aus den Vereinigten Staaten! Lebhafter Beifall. „Jeder, der in Amerika war, weiß, dass dort nur Ellenbogen und Revolverpolitik hilft [sic!].“

„Beim Militär gilt die Norm: Wenn einem Führer der Auftrag zuteil wird, und er führt ihn nicht mit Erfolg durch, ob er schuld hat oder nicht, so muss er gehen.“ – „Sehr Richtig“-Rufe der Industriellen verzeichnet hier das Protokoll, alle wussten, dass Hindenburg und Ludendorff damit nicht gemeint sind. Duisberg fuhr fort: „Meine Herren, wenn nun auch in der Zivilverwaltung“ – er meinte die Reichsregierung unter Bethmann Hollweg – „derselbe

Grundsatz Geltung hätte, und ich hoffe, er wird einmal durchgeführt werden, dann erst wird der Spruch wirklich in Erfüllung gehen, den ein hochstehender Mann im Deutschen Reich geprägt hat: „Dem Tüchtigen die Bahn frei!“ Dann aber müssten „die Untüchtigen“ – jeder Industrielle verstand: Bethmann Hollweg und seine Leute – gehen, „sonst ist kein Platz für den Tüchtigen vorhanden“ – für Hindenburg. Und deshalb, befahl Duisberg, „hoffe ich zuversichtlich, dass militärische Rücksichten und Grundsätze hier Platz greifen“. Den BAYER-Chef übermannte es: „Und wenn dann Männer aus Stahl nicht nur im Schützengraben, sondern an der obersten Stelle stehen, wenn dann nicht nur Glacéhandschuhpolitik, sondern Faustpolitik getrieben wird, wenn es dann zu Friedensverhandlungen kommt, brauchen wir um die Friedensziele gar keine Sorge zu haben“ – ein deutsches Europa mit Siedlungsraum im Osten und in Afrika. Und Duisberg versprach der versammelten Industrie: „Sie können sich darauf verlassen, wenn Hindenburg und Ludendorff auch hierbei mitwirken, gibt es einen glänzenden Frieden für unser deutsches Vaterland.“

Und Duisberg kommandiert, wo es keiner Anweisung mehr bedarf: „In diesem Sinne bitte ich Sie, aufzustehen und zu rufen: ‚Unser deutsches Vaterland, es lebe hoch, hoch, hoch!‘“ Das Redeprotokoll des Industrieklubs vermerkt: „Die Versammlung stimmt begeistert ein.“

Gut drei Wochen später, am 6. Februar 1917 in München, setzte der BAYER-Chef als ehemaliger Vorsitzender des Vorstandsrates des Deutschen Museums sei-

Gerechtigkeit im Treibhaus

Einzeltitel 10 €
Im Abo 6,55 €/3,10 €

9'17

Blätter für deutsche und internationale Politik

- USA versus China: Der unaufrichtige Krieg? Chas W. Freeman
- Flucht ohne Grenzen Micha Brumlik
- Schicksalsfrage Feminismus Mithu M. Sanyal
- Die Vergötzung des Marktes Joseph Vogl
- EU: Die verschleppte Krise Frank Börske und Klaus Busch
- Die Facebook-Utopie Roberto Simanowski

Fake News oder die Rache der Realität
Naomi Klein

Gerechtigkeit im Treibhaus
Wolfgang Sachs

www.blaetter.de/kennenlernen

Foto: Alois Haininger/shutterstock

ne Agitation gegen den Reichskanzler in Gegenwart Seiner Majestät König Ludwig III. und zahlreicher Wirtschaftsgranden fort. Er forderte eine Militärdiktatur in der Form, dass „eine starke, das allgemeine Vertrauen besitzende Persönlichkeit an die Spitze der Reichsleitung treten“ müsse, die „eine einigende und fortreibende Kraft“ besäße, um „uns in dem ungeheuren Kampf zum Sieg zu führen“ – jeder verstand: Hindenburg soll anstelle von Bethmann Hollweg das Deutsche Reich regieren. Und nebenbei – auch das gehört dazu – verkündete Geheimrat Dr. Carl Duisberg als Vorstandsratsvorsitzender, dass „Frau Geheimrat Duisberg, Leverkus, für die Stiftung eines Flügels“ zum lebenslänglichen Mitglied des Deutschen Museums ernannt sei – die Deutschen blieben auch im Zeichen des vom Herrn Gemahl hochprofitabel belieferten Gasrieges ein Kulturvolk.

Das Deutsche Museum war das Vorspiel. 19 Tage später treten 32 Industrielle und Militärs – der Kaiser liegt nach einer Bruchoperation seit Tagen im Bett – im Berliner Adlon-Hotel zur Vorarbeit für den Putsch gegen Bethmann Hollweg an. Die Anführer sind Carl Duisberg, der bis in den Tod Hindenburg treu bleibt, und der

Großindustrielle Emil Kirdorf, der es später mehr mit Hitler hält und dafür von diesem 1938 ein Staatsbegräbnis spendiert bekommt.

Auf Gewalt eingestellt

Gustav Stresemann hatte bei der Hotelleitung den Kaisersaal bestellt – für einen Vortrag über die „chemische Industrie“. Das war durchaus korrekt. Denn schon in der Einladung hieß es: „Mehr denn je ist es unsere vaterländische Pflicht, die Entlassung Bethmann Hollwegs zu verlangen.“ Duisberg erklärt an diesem 25. Februar 1917 im Kaisersaal, er handle „im Einverständnis von Ludendorff und Hindenburg“. Er entwarf in seiner Rede ein Programm, das in Briefen an den Kaiser und an Ludendorff niedergelegt wurde. Darin hieß es: „Wenn es zum Gegensatz käme, entweder Hindenburg oder Bethmann, die Beseitigung Bethmanns wäre sicher (...) Wir sind ganz auf Krieg und Gewalt eingestellt, und das Beste wäre, wenn diese Sachlage auch äußerlich zum Ausdruck käme, dass der Marschall auch Kanzler wäre ... Wenn der Marschall im Felde siegt, siegt auch der Kanzler in der ‚Politik‘. Denn jetzt ist ‚Politik‘ gleich Krieg und Krieg gleich ‚Politik‘“.

Hindenburg-Biograph Wolfram Pyta glaubt: „Die Reaktion des Kaisers auf die Adlon-Versammlung offenbart indes den“ – nun ja, das wird sich noch zeigen – „geringen Einfluss schwerindustrieller Interessen: Wilhelm II. reagierte erbost, wobei sich sein Zorn nicht nur gegen die teilnehmenden Industriellen richtete, denen er ‚Hochverrat‘ vorwarf. Seine Wut über deren Einmischung in seine allerhöchsten Befugnisse gipfelt“ – und das zu schreiben, daran konnte ihn weder ein Detlef Felken noch ein Hans-Ulrich Wehler hindern, denn Pyta wurde nicht von Beck, sondern von Siedler verlegt – „in dem Satz: ‚Das ganze Gebaren würde Mich berechtigen, die Teilnehmer an der Versammlung ohne Weiteres verhaften und nach Spandau bringen zu lassen‘“. Geringer Einfluss? Wilhelm Zwo kapitulierte am 17. Juli 1917 vor dem militärisch-industriellen Putsch, indem er Bethmann Hollweg, der eigentlich sein Vertrauen genießt, zwingt, seinen Rücktritt einzureichen. Sorgfältig abgestimmt mit Duisbergs Adlon-Auftritt am 25. Februar hatte dessen Freund, der Oberstleutnant Bauer, eine Denkschrift „Bemerkungen über den Reichskanzler“ für Ludendorff ausgearbeitet, die der Reichsregierung vorwirft:



**Monatlich authentische
Informationen aus
Kuba und Lateinamerika!**

**Jetzt
abonnieren!**

**deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €**

www.jungewelt.de/granma



US-amerikanische Soldaten Im Gaskrieg

„1. Sie hat versäumt, die Hilfsmittel des Landes rechtzeitig auf den Krieg einzustellen, und gefährdet jetzt den Ausgang des Kampfes. 2. Sie hat im Inneren verfahrenere Verhältnisse geschaffen.“ Und dies habe, das spricht Duisberg aus dem Herzen, zu einer bedenklichen Aufwärtsentwicklung der Löhne und zu weitgehenden politischen Forderungen geführt. Der Vorwurf gegen Bethmann Hollweg: „Statt durch

starkes Zugreifen und Belehrung Ordnung zu schaffen und das Volk über seine Pflichten aufzuklären, hat sich die Regierung von den Kreisen leiten und treiben lassen, die schon im Frieden als eine Gefahr für Staat und Monarchie erkannt waren“. Anfang Juli tauchte Oberstleutnant Bauer in Berlin auf und verbreitete unter den Politikern: Hindenburg und Ludendorff hätten den Kaiser gewarnt, sie könnten nicht

länger mit Bethmann zusammenarbeiten: der oder sie müssten zurücktreten. Erst als ihre Drohung durch Bauers gezielte Indiskretion in ganz Berlin verbreitet war, setzten Hindenburg und Ludendorff dem Kaiser mit einem telegraphischen Abschiedsgesuch, das sie schon am Vortag dem Kriegsminister zur Kenntnis gegeben hatten, die Pistole auf die Brust. Der Kaiser im Krieg ohne Oberste Heeresleitung? Wilhelm musste kapitulieren und Bethmann Hollweg anweisen, seinen Rücktritt einzureichen. Duisberg und die Generale, sie hatten gesiegt, sie hatten dem Monarchen ihren Willen aufgezwungen.

Auf den Arsch gefallen

Pünktlich am 30. Januar 2017 – man hat Stil – stellte der Verlag C. H. Beck zusammen mit der Gerda-Henkel-Stiftung, die „herausragende geisteswissenschaftliche Forschungsleistungen“ fördert, ein „Opus magnum“ vor: „Carl Duisberg. 1861–1935. Anatomie eines Industriellen“ von Werner Plumpe. Für diesen Vorsitzenden des „Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte“ (GUG), die 1976 zur Abwehr „ideologisch befrachteter Historiker“ gegründet wurde,



Informativ, knapp und klar:

Ossietsyky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietsyky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietsyky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietsyky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietsyky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietsyky Verlag GmbH • ossietsyky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietsyky.net

ist klar, dass Duisberg in diese Angelegenheit, die man nicht einmal staatsstreichartig nennen darf, nur so hineingestolpert ist.

Er hatte mit der Adlon-Gesellschaft eigentlich gar nichts zu tun, er wollte sie nur durch starke Worte vom Handeln abhalten. GUG-Plumpe: „Carl Duisberg nahm an der Versammlung teil, hielt eine längere Rede – und, da Teile davon – so ein Pech – „den Behörden, vor allem aber der Öffentlichkeit umgehend bekannt wurden, erschien (!) er über Nacht (!) als Kopf einer ‚Kanzler-Fronde‘, der sich nun erheblicher Kritik aus allen Teilen des Reichs ausgesetzt sah. Der Kaiser war über die Adlon-Versammlung sichtlich verärgert (...).“

Plumpe: „Am eigentlichen Sturz Bethmann Hollwegs war Duisberg nur noch mittelbar beteiligt.“ Beweis: Er war an diesem Tag gar nicht in Berlin, wie ein Brief von ihm belegt: „Im entscheidenden Augenblick rutschte ich aber auf der Treppe aus und fiel derartig auf die bessere Hälfte meines Körpers, dass der Arzt den Teil wenigstens eine Nacht lang auf Eis legen ließ.“ Zwar hätte er am nächsten Tag noch fahren können, aber er betrachtete seinen Fall auf den Arsch als ein „Zeichen des Himmels“, es lieber nicht zu tun, sondern „die Uhr,

die ich mitaufgezogen, ruhig ablaufen zu lassen“.

Letztes Mysterium des Kapitals

Dass er im Auftrag gehandelt hatte, darüber legte Duisberg am 26. Juni 1931 in einem Brief an Hitler-Freund Kirdorf – vielleicht ungewollt – ein umfassendes Geständnis ab: „Ich habe mit Ihnen zu den größten Gegnern des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg gehört, habe ihn bekämpft, wo ich konnte (...).“ Ja, er, Duisberg, habe „im Auftrag des früheren Generalfeldmarschalls und jetzigen Reichspräsidenten v. Hindenburg, als sein Versuch in Pless, ihn (Bethmann Hollweg, O. K.) beim Kaiser zu Fall zu bringen, missglückt war, dann beim König von Bayern einen direkten Angriff gegen ihn unternommen“. Im Auftrag Hindenburgs – also eine zivilmilitärische Zusammenarbeit beim Putsch gegen den Reichskanzler.

Auf dem Schutzumschlag des Opus magnum legt der Verlagskonzern C. H. Beck sein Bekenntnis ab: „Anhand des Lebenswegs des Carl Duisberg, des Begründers der modernen chemischen Industrie, beleuchtet Werner Plumpe dieses letzte Mysterium unseres Wirtschaftssystems“. Richtig, nämlich wie Krieg, Gasmord, Rüs-

tungsprofit, Militärdiktatur und beginnender Faschismus sich in einer vorbildhaften Unternehmerfigur zusammenfügen.

Duisberg starb am 19. März 1935. Plumpe vermerkt: „Dabei war Hitlers Telegramm an Johanna Duisberg eher nichtssagend.“ So kann man das wirklich nicht sagen. Der Führer im Telegramm-Wortlaut: „Die deutsche Chemie verliert in ihm einen ihrer ersten Pioniere und einen erfolgreichen Führer, die deutsche Wirtschaft einen ihrer großen Organisatoren. Sein Name wird in Deutschland in Ehren weiterleben.“

Doch Adolf Hitler hat sich da getäuscht, und das betrübt den Unternehmensforschungsvorsitzenden sehr. Am Ende des Kapitels über Duisbergs „Tod und Nachleben“ klagt Plumpe: „(...) und jüngst war die Coordination gegen Bayer-Gefahren, ein Zusammenschluss u. a. kritischer Aktionäre, mit ihrer Kampagne, die nach Carl Duisberg benannten Straßen und Schulen in Deutschland umbenennen zu lassen, zumindest in Dortmund erfolgreich. Anderswo laufen Verfahren, und es ist keineswegs sicher, wie sie ausgehen.“ ←

Dieser Artikel erschien zuerst in der *jungen Welt*. Das Stichwort BAYER druckte ihn mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Zeitung nach.

Melodie & Rhythmus



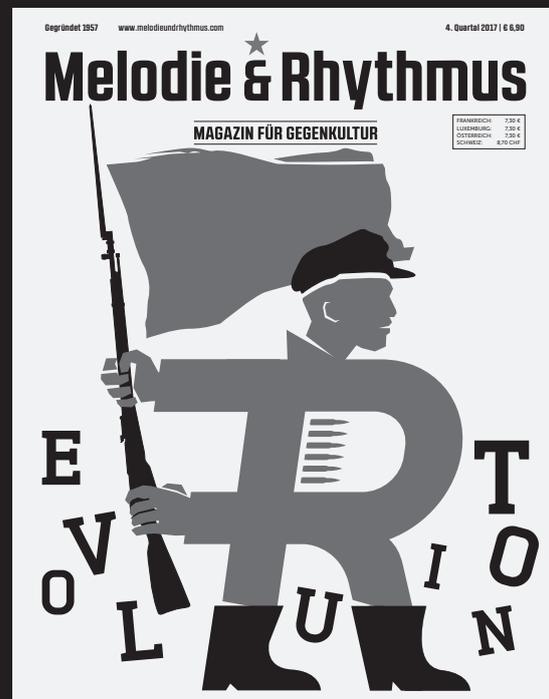
MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR

+ Hoffnungen der Oktoberrevolution: Neue kulturelle Formen und Bewegungen in der Vergangenheit und Gegenwart

+ M&R-Jubiläum: Musiker und Kulturschaffende kommentieren 60 Jahre bewegte Magazin-Geschichte

+ Nordkorea: Mit Agitprop-Kunst gegen die Angst vor dem US-Imperialismus

+ Fotoreportage »Che lebt!«: Bisher unveröffentlichte Bilder der unbekanntesten Seiten des großen Revolutionärs



Ab 29.9. am Kiosk: M&R mit Schwerpunktthema
»Revolution«

melodieundrhythmus.com

BAYERs MONSANTO-Deal

EU prüft weiter



Die Herrin des Verfahrens: EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager

Die EU unterzieht BAYERs Ansinnen, den US-Konzern MONSANTO übernehmen zu wollen, einer vertieften Prüfung. Das gab die Wettbewerbskommission Ende August 2017 bekannt.

Von Jan Pehrke

Wie allgemein erwartet, hat die Europäische Union BAYERs Antrag, den US-Konkurrenten MONSANTO schlucken zu wollen, nicht schon nach einem 7-wöchigen Kurz-Check durchgewunken. „Die Kommission hat eine eingehende Prüfung eingeleitet, um die geplante Übernahme von

MONSANTO durch BAYER nach der EU-Fusionskontrollverordnung zu würdigen“, hieß es am 22. August 2017 in Brüssel. Die Generaldirektion Wettbewerb sei besorgt darüber, dass der Zusammenschluss den Wettbewerb in den Bereichen „Pestizide“, „Saatgut“ und „agronomische Merkmale“

– das böse Wort „Gentechnik“ nimmt die EU nicht in den Mund – beeinträchtigen könnte, lautete die Begründung. Die Zugeständnisse, zu denen sich beide Konzerne am 31. Juli 2017 schriftlich bereit erklärten, reichten der Kommission nicht aus, um ihre „vorläufigen Bedenken“ ge-

gen das Unterfangen zu zerstreuen, das dem Leverkusener Multi bei den genmanipulierten Pflanzen einen Marktanteil von weit über 90 Prozent, beim konventionellen Saatgut einen von rund 30 Prozent und bei den Pestiziden einen von ca. 25 Prozent einbrächte.

Konkret beziehen sich die Bedenken auf eine zu große Dominanz bei den Anti-Unkrautmitteln, wenn das berühmt-berüchtigte Glyphosat und das nur wenig ungefährlichere Glufosinat unter einem Konzern-Dach angeboten werden sollten. Gleiches gilt für die Gempflanzen der Marken ROUND UP und LIBERTY, welche die beiden Unternehmen in Kombination mit diesen Ackergiften vermarkten. Bei den Substanzen, zu denen ImkerInnen greifen können, wenn Varroa-Milben ihre Bienenstöcke befallen haben, sieht die EU-Kommission ebenfalls Handlungsbedarf. Im Geschäftsfeld „konventionelles Saatgut“ schließlich befürchtet sie nach der Zusammenlegung der Sparten eine zu umfassende Markt-Beherrschung bei Raps, Baumwolle, Weizen und einigen Gemüse-Sorten. Und gleiches gilt der Europäischen Union zufolge für das Segment der digitalen Landwirtschaft.

Für BAYER kommt all dies nicht überraschend. Von vornherein hatte der Leverkusener Multi damit gerechnet, sich im Zuge der MONSANTO-Akquisition von Teilen seines Sortiments trennen zu müssen, um von den Kartell-Behörden die Genehmigung für den Deal zu erhalten. Sogar ein bestimmtes Umsatz-Volumen hatte er schon vor Augen: 1,6 Milliarden Dollar. Und Vorbereitungen für die Veräußerungen traf der Global Player bereits im März 2017. Da stellte er die Gentech-Pflanzen der LIBERTY-Produktreihe mitsamt dem auf sie abgestimmten Herbizid Glufosinat sowie Raps- und Baumwoll-Saatgut zum Verkauf, was sogleich auf reges Interesse stieß.

Entsprechend gelassen reagierte der Konzern auf die Nachricht aus Brüssel. „Aufgrund der Größe und des Umfangs der geplanten Übernahme hat BAYER eine nähere Untersuchung erwartet“, erklärte er. Viel Unbill erwartet das Unternehmen in den kommenden Monaten aber offenbar nicht mehr, und kleinere Dosen – etwa in Form von weiteren Auflagen zur Abgabe von Produkten – kann der Agro-Riese gut

verkräften. „BAYER sieht einer Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit mit der EU-Kommission entgegen“, hieß es deshalb in der Presseerklärung. Und „konstruktiv“ bezeichnete der Konzern die Zusammenarbeit auch noch einen Monat später, obwohl er sich da gezwungen sah, eine Verlängerung der Prüffrist über den 8. Januar 2018 hinaus zu beantragen, weil ihm die Anforderungen aus Brüssel doch

mehr zu schaffen machten, als gedacht.

Aber trotzdem müssen die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN (CBG) und zahlreiche andere Initiativen, welche sich in Offenen Briefen an die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager gegen den Milliarden-Deal gewandt hatten, immer noch das Schlimmste befürchten. Die in diesen Eingaben aufgelisteten Risiken und

Nebenwirkungen des Geschäfts berücksichtigt die Europäische Union bei ihrer Bewertung der Akquisition nämlich nicht. Sie finden in ihrer Verlautbarung vom 22. August 2017 keinerlei Erwähnung.

Die CBG etwa hatte in ihrem gemeinsam mit BROT FÜR ALLE verfassten und von MULTIWATCH, dem PESTIZID-AKTIONSNETZWERK, dem SEEDS ACTION NETWORK und von anderen Bündnispartnern unterzeichneten Schreiben vor den Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und die Unternehmenssteuer-Einnahmen der Standort-Städte gewarnt. Auch forderten die Organisationen Vestager & Co. auf, die Rolle großer Finanzinvestoren wie BLACKROCK bei solchen Transaktionen zu untersuchen. Zudem bezeichneten sie die zunehmende Konzentration auf dem Agro-Sektor als eine Gefahr für die demokratische Gestaltung der zukünftigen weltweiten Landwirtschaft. Andere Offene Briefe thematisierten die Gefährdung des Klimas durch eine immer stärker forcierte Industrialisierung der Boden-Bewirtschaftung oder mahnten die EU eindringlich, sich die Folgen von BAYERs Coup für die Länder des globalen Südens vor Augen zu führen. In 50.000 E-Mails, 5.000 Briefen oder Postkarten und unzähligen Tweets brachten die GegnerInnen des Projektes ihre Kritik zum Ausdruck. Das alles schert Brüssel jedoch nicht. „Auch wenn diese Bedenken sehr wichtig sind, bilden sie nicht die Grundlage für das Fusionskontroll-Verfahren“, antwortete Margrethe Vestager

den AbsenderInnen. „Die Kommission hat die Aufgabe, die Übernahme aus wettbewerbsrechtlicher Sicht zu bewerten“, hielt die sozialliberale Politikerin fest. Ihre Fachabteilung beschränke sich in der Sache deshalb auf Fragen des Wettbewerbsfolge dem Grundsatz der Unparteilichkeit und unterliege der Kontrolle durch die europäischen Gerichte, stellte die Dänin klar. Auf diese Weise droht die vertiefte Prüfung zu einer ziemlichen Flachbohrerei zu verkommen. Mit einem technokratischem Tunnel-Blick durchkämmen die BeamtInnen die immensen Warenlager von BAYER und MONSANTO, gucken sich dabei jedes einzelne Produkt genau an und checken Verkaufszahlen und Markt-Anteile. Ungefähr genauso gehen ihre KollegInnen in den USA vor. Patty Lovera von der Initiative FOOD AND WATER WATCH moniert das. Den RegulatorInnen „entgeht das Entscheidende“, wenn sie sich in diesem Klein-Klein verlieren, anstatt auf das große Ganze zu schauen und die Auswirkungen des kompletten, sich zur Zeit im Agro-Business abzeichnenden Konzentrationsprozesses in Augenschein zu nehmen. „Wir glauben nicht, dass diese Analyse dem Ausmaß der Konsolidierung und Kontrolle, die wir in diesen Märkten sehen, gerecht wird“, so Lovera. Darum schrieb FOOD AND WATER WATCH gemeinsam mit dem „American Antitrust Institute“ und der „National Farmers Union“ in dieser Sache einen Offenen Brief an die US-amerikanische Kartellbehörde. Und auch von 17 Senatoren der Demokratischen Partei bekam diese Post.

Hierzulande stößt die Arbeit der KartellwächterInnen in gleichem Maße auf Kritik. Einem Gutachten zufolge, das der Jurist Boris P. Paal im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen erstellte, hat die EU durchaus die Möglichkeit, bei der Begutachtung der Transaktion auch solche Aspekte zu würdigen, die laut Margrethe Vestager nicht Gegenstand des Verfahrens sein dürfen. Paal verweist dazu besonders auf den Artikel 2 der Fusionskontroll-Verordnung. Mit BAYERs Plan, MONSANTO zu übernehmen, droht ihm zufolge nämlich das, was dort unter „wirksamer Wett-

„Die EU-Kommission ist somit (auch) im Fall BAYER/MONSANTO gehalten, außerökonomische Ziele in das Fusionskontroll-Verfahren mit einzubeziehen“, hält der Gutachter fest

**Mehr als
100.000
Zugriffe
wöchentlich
www.CBGnetwork.de**



bewerb“ gefasst ist, in Bezug auf die Ernährungssicherheit, die Biodiversität und den Gesundheitsschutzes zu gefährden. „Die EU-Kommission ist somit (auch) im Fall BAYER/MONSANTO gehalten, außerökonomische Ziele in das Fusionskontroll-Verfahren mit einzubeziehen“, hält der Gutachter fest.

Und die Publikation „Fusion von BAYER & MONSANTO“, zu deren Mitherausgebern die COORDINATION GEGEN BAYERGEFAHREN neben der ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT, dem FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG und anderen Gruppen zählt, formuliert ebenfalls massive Einwände gegen das Treiben der Wettbewerbskommission. Die Zahlen, welche die Veröffentlichung präsentiert, sprechen eine eindeutige Sprache. Vestager & Co. winken die Fusions- und Übernahme-Anträge in den allermeisten Fällen ohne jegliche Auflagen durch. Im Jahr 2015 beispielsweise untersagten sie keinen einzigen der von ihnen überprüften Deals. „Eine Verschärfung der Fusions- und Missbrauchskontrolle ist unerlässlich, um die Markt-Macht der Multis zu begrenzen“, lautet deshalb das Resümée. Die AutorInnen fordern unter anderem ein Trennungsgebot, das es den Unternehmen nicht länger erlaubt, gleichzeitig dominierende Stellungen sowohl

im Saatgut- als auch im Gentechnik- und Pestizid-Bereich aufzubauen. Überdies verlangen sie, die gehaltenen Patente in die Entscheidungen mit einzubeziehen. Und schließlich tritt die Streitschrift für die Einrichtung einer Welt-Kartellbehörde ein.

Aber auch sonst nimmt der Protest gegen das BAYER-Vorhaben nicht ab. „Ich glaube, das wird ein schlechter Deal für die amerikanischen Farmer“, sagt John Boyd Jr. von der „National Black Farmers Association“ (NBFA). So erwartet er beispielsweise höhere Kosten für Soja im Falle der Übernahme von MONSANTO durch BAYER und verweist dazu auf die eh schon massiv gestiegenen Preise für diese Ackerfrüchte. Habe er für einen 50-Pounds-Sack (ca. 23 Kilogramm) mit Saatgut in den 1990er Jahre lediglich neun Dollar zahlen müssen, seien es jetzt schon 61 Dollar gewesen, berichtet er und empört sich über die Ignoranz des Leverkusener Multis. Die NBFA hatte zu ihrem Jahres-

treffen nämlich VertreterInnen des Globals Players eingeladen, um ihnen Fragen zu dem Deal zu stellen. Es kam jedoch niemand. Als „totale Respektlosigkeit“ bezeichnete Boyd dieses Verhalten und richtete einen Appell an die Öffentlichkeit: „Heute rufe ich jeden, der Lebensmittel kauft oder konsumiert, dazu auf, sich unserer Kampagne zum Stopp der Fusion von BAYER und MONSANTO anzuschließen.“

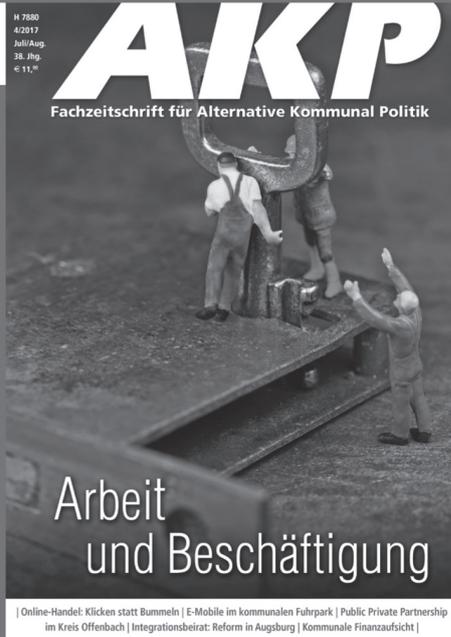
Und auch der Leverkusener Multi selbst musste sich immer wieder mit den GegnerInnen seiner Übernahme-Pläne auseinandersetzen. Initiiert von Das „Wir haben es satt“-Bündnis, FIAN, die CBG und andere Organisationen der Konzern-Zentrale am 6. September 2017 einen Besuch ab (siehe gegenüberliegende Seite). Aber das bildete erst den Auftakt zu einer neuen Runde von Aktionen gegen das

Milliarden-Geschäft, an deren vorläufigem Ende die Jahreshauptversammlung des Unternehmens Ende Mai 2018 in Bonn stehen wird. ←

Als „totale Respektlosigkeit“ bezeichnete Boyd dieses Verhalten und richtete einen Appell an die Öffentlichkeit: „Heute rufe ich jeden, der Lebensmittel kauft oder konsumiert, dazu auf, sich unserer Kampagne zum Stopp der Fusion von BAYER und MONSANTO anzuschließen.“

Zeitschrift für Alternative Kommunalpolitik.

Ausgabe 4|17



Einzelpreis: 11 Euro plus 1,30 Euro Versand

Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

Arbeit und Beschäftigung

Kommunale Beschäftigungsförderung steht im Mittelpunkt dieses Heftes – und ihre verschiedenen Zielgruppen, zum Beispiel Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende, Menschen mit Beeinträchtigungen und Geflüchtete.

Weitere Schwerpunktartikel befassen sich mit dem Personal in Kitas und Rathäusern.

Weitere Themen:

- Online-Handel – Klicken statt Bummeln
- E-Mobile im kommunalen Fuhrpark
- Public Private Partnership im Kreis Offenbach
- Integrationsbeirat: Reform in Augsburg
- Kommunale Finanzaufsicht

● AKP – Alternative Kommunalpolitik | Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld | Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de

Protest gegen die geplante MONSANTO-Übernahme

BAYER bekommt Besuch



Am 6. September 2017 machte das „Wir haben es satt“-Bündnis vor der BAYER-Zentrale Station, um aus gegebenem Anlass – der geplanten Übernahme von MONSANTO – gegen Konzern-Macht zu protestieren.

Von Jan Pehrke

Die Risiken und Nebenwirkungen des Agrarmarkt-Monopolys als Computerspiel – das brachte das „Wir haben es satt“-Bündnis am 6. September 2017 vor der Leverkusener BAYER-Zentrale zur Aufführung. Die Rolle des Bösewichtes „Pac-Man“ besetzte es aus naheliegenden Gründen mit BAYSANTO, der furchteinflößenden, aber alles andere als unrealistischen Horror-Vision eines neuen Mega-Konzerns. Der Unhold marodierte durch die Felder und versuchte sich alles Saatgut unter den Nagel zu reißen, das nicht niet- und nagelfest war, auf das überall nur noch sein eigenes wachse, vorzugsweise gentechnisch verändert und patentiert.

Da waren jedoch die rund 80 AktivistInnen vor. „Wir haben den Pac-Man in die Schranken gewiesen“, konnte Annemarie Volling von der ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT (AbL) so verkünden. „Bleibt uns vom Acker!“, warnte sie BAYER & Co. gleichzeitig vor Folge-Taten. Dort verursachen die Produkte der Unternehmen nämlich jede Menge Probleme. Volling erinnerte an den Gen-

reis-Skandal von 2006, als BAYERs genmanipulierte Sorte „LL 601“ Felder mit konventionellen Pflanzen kontaminierte. Das Versprechen, den Pestizid-Einsatz zu mindern und den FarmerInnen zu höheren Erträgen zu verhelfen, erfüllte die Risiko-Technologie der AbLerin zufolge ebenfalls nicht. Dennoch präsentiert BAYER-Chef Werner Baumann die Gentechnik als Schlüssel zur Lösung des Hunger-Problems und bezeichnet deren GegnerInnen als naiv. „Wie naiv ist es, diese alte Leier immer wieder zu predigen“, hielt Annemarie Volling dem entgegen.

Sarah Schneider von MISEREOR pflichtete Volling bei. Nicht auf den Tellern, sondern in den Tierställen würde ein Großteil der Gentech-Saaten landen, konstatierte die Fachreferentin für Landwirtschaft und Ernährung. Folglich glaubte auch sie die PR-Mär vom „Brot für die Welt“-Konzern BAYER nicht. Einzig um den Profit gehe es dem Leverkusener Multi, erläuterte Schneider und nannte seine Bestrebungen, MONSANTO schlucken zu wollen, als „gefährlich für die Demokratie und das Ernährungssystem“.

„Zu Risiken und Nebenwirkungen der Fusion fragen Sie die bäuerliche Landwirtschaft“, schlug der Landwirt Bernd Schmitz vom NRW-Landesverband der AbL vor und berichtete von seinen Erfahrungen aus der Praxis: „Der Konzern greift durch bis auf die Äcker.“

Für Jutta Sundermann von der AKTION AGRAR schließlich brauchte es nicht erst die jüngste Übernahme-Welle in der Branche, um die Situation im Landwirtschaftsbereich kritisch zu beurteilen. Die Unternehmen seien „einzeln schon zu mächtig“, befand sie und bescheinigte den Aufsichtsbehörden ein System-Versagen.

Der immense Einfluss von BAYER, der mit der geplanten Übernahme von MONSANTO noch größer zu werden droht, war dann auch der Grund für den „Hausbesuch“. „Konzernmacht“ gehörte neben „Landraub“ und „Tier-Fabriken“ nämlich zu den drei großen agrar-politischen Problemfeldern, auf die das „Wir haben es satt“-Bündnis vor der Bundestagswahl aufmerksam machen wollte. Und diesen Status wird die Konzernmacht auch so schnell nicht verlieren. ◀

BVL verweigert Auskunft über das BAYER-Pestizid SIVANTO

Geschäftsgeheimniskrämerei



Die Pestizide von BAYER & Co. stellen eine große Gefahr für die Bienen dar

Das UMWELTINSTITUT MÜNCHEN e. V. erbat vom „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) Auskunft über das neue Pestizid SIVANTO des Leverkusener Multis. Da dieses im Verdacht steht, auf Bienen genauso schädlich zu wirken wie die derzeit mit einem Teilverbot belegten Konzern-Produkte GAUCHO und PONCHO, wollte der Umweltschutz-Verein wissen, wie es mit dem Zulassungsverfahren steht. Das BVL hielt sich da jedoch bedeckt. Zur Begründung verwies es auf die Verpflichtung zur Wahrung von BAYERS Geschäftsgeheimnissen. Diese Antwort hat auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) bereits einmal erhalten, als sie beabsichtigte, Einblick in den zwischen dem Global Player und der Universität Köln geschlossenen Kooperationsvertrag zu nehmen. Und genauso wenig wie damals die CBG ließ es jetzt das Umweltinstitut dabei bewenden und klagte auf Herausgabe der Informationen.

Von Christine Vogt (UMWELTINSTITUT MÜNCHEN)

Menschen, Tiere und Pflanzen leiden unter dem massiven Einsatz von Pestiziden in der konventionellen Landwirtschaft. Eine Agrarwende hin zu einer umweltverträg-

lichen und nachhaltigen Art der Kultivierung von Ackerfrüchten ist längst überfällig. Dass die Erzeugung von Lebensmitteln auch so möglich ist, zeigen die Ökobauern

und -bäuerinnen. Solange die Chemikalien aber eingesetzt werden, sind UmweltschützerInnen auf Informationen etwa darüber angewiesen, ob Zulassungen von

neuen Giften bevorstehen. Denn nur dann können sie aktiv werden, bevor Schäden entstehen und gezielt gegen Neuzulassungen vorgehen.

Genau darum geht es bei einem Streit, den das UMWELTINSTITUT MÜNCHEN e. V. und das „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ (BVL) seit über einem Jahr führen: um Zulassungsverfahren für zwei neuartige Insektengifte. Das Amt möchte dem Umweltschutzverein keine Informationen darüber herausgeben. Inzwischen ist der Streit ein Fall für die Gerichte. Das Umweltinstitut hat im März 2017 Klage gegen das BVL wegen des Verstoßes gegen das Umweltinformationsgesetz eingereicht.



Neue Bienengifte

Bei den neuen hochwirksamen Insektengiften handelt es sich um Cyantraniliprol und Flupyradifuron. Sie führen bereits in geringen Mengen zum Tod von Insekten, indem sie deren Nervensystem angreifen. Die Wirkungen dieser neuen Pestizide auf Honigbienen und wilde Bestäuber sind damit ähnlich verheerend wie diejenigen der mit Teilverböten belegten Neonicotinoide Imidacloprid und Clothianidin von BAYER sowie Thiamethoxam von SYNGENTA. Der Wirkstoff Flupyradifuron wurde vom Leverkusener Multi entwickelt und ist für Bienen derart giftig, dass bereits ein einziger Teelöffel ausreicht, um sechs Millionen Tiere zu töten. Auf nationaler Ebene stehen Zulassungen für konkrete Pestizid-Mischungen mit dieser Substanz derzeit noch aus. In anderen Staaten wie den USA oder Kanada ist der Einsatz des Pestizids SIVANTO, das Flupyradifuron enthält, hingegen schon möglich. Der Wirkstoff Cyantraniliprol, den DUPONT entwickelt hat, ist auch ohne offizielle Zulassung in Deutschland schon länger im

Einsatz. Sogenannte Notfall-Zulassungen und Sonderregelungen für Importe von gebeiztem Saatgut machen dies möglich.

Geschäftsgeheimnisse

Bereits im vergangenen Jahr verlangte das UMWELTINSTITUT MÜNCHEN Auskunft über den Stand der Zulassungsverfahren für Pestizide mit den neuen Wirkstoffen Cyantraniliprol und Flupyradifuron in Deutschland. Doch das BVL verweigerte die Auskunft mit folgender Begründung: Schon die Information, ob überhaupt ein Zulassungsantrag vorliegt, sei ein Geschäftsgeheimnis der Herstellerfirmen. Das Umweltinstitut sieht darin den Verstoß gegen die Auskunftspflichten nach dem Umweltinformationsgesetz und klagt vor dem Verwaltungsgericht in Braunschweig auf Herausgabe der Informationen. Über Pläne, die sich tatsächlich oder möglicherweise auf die Umwelt auswirken, können sich Bürger und Bürgerinnen nämlich laut Gesetz Informationen einholen. Und der Einsatz von Pestiziden ist eindeutig mit Auswirkungen auf die

Umwelt verbunden: Ökosysteme werden nachhaltig geschädigt und die Vielfalt zahlreicher Tier- und Pflanzen-Arten nimmt dramatisch ab.

Es betrifft alle

Behörden anderer EU-Staaten gehen mit Informationen über Zulassungsanträge von Pestiziden deutlich transparenter um als das BVL: Sie stellen diese in einer öffentlich zugänglichen Datenbank der EU bereit. Wenn sich das BVL mit seiner Argumentation durchsetzt, erfahren Umweltschutz-Organisationen wie das Umweltinstitut erst dann von Zulassungsverfahren für neue Pestizide, wenn diese bereits im Einsatz sind und Schaden anrichten. Die Zerstörung der Ökosysteme betrifft uns alle – deshalb sollte auch ein jeder das Recht haben zu erfahren, ob die Behörden gerade die Zulassung von Pestiziden prüfen. Das Umweltinstitut wird darum erstmalig in einem Grundsatz-Verfahren klären lassen, ob das BVL Genehmigungsanträge einfach zum Geschäftsgeheimnis erklären kann. ←

Arbeiterstimme Nr. 196, Sommer 2017, aus dem Inhalt:



- ▶ Nachbetrachtung zur NRW-Wahl
- ▶ Oktoberrevolution und Sowjetunion
- ▶ Oktoberrevolution und Lateinamerika
- ▶ Diskussion: Staat und Nation – Lenins Erbe bewahren und fortführen
- ▶ Der Traum der Revolution, Filmbesprechung
- ▶ Nachruf auf Theodor Bergmann

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.– € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.– € aufwärts) sind wir sehr erfreut.

Bestellungen:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

www.arbeiterstimme.org

BAYERs dunkle Wirkstoff-Quellen

Schmutzige Pillen



Leise rieselt der Pharma-Schaum

Was der Bekleidungsindustrie Bangladesch ist, verkörpert das indische Hyderabad für die Pillen-Riesen. Hunderte Fabriken produzieren dort Wirkstoffe für BAYER & Co. Die Stadt im Bundesstaat Telangana nimmt einen bedeutenden Platz in der globalen Lieferkette der Konzerne ein. Zu ihren vielen Standort-Vorteilen zählen niedrige Kosten und geringe Umweltschutz-Auflagen, was verheerende Folgen für Mensch, Tier und Umwelt hat. Aber auch andere Regionen in Asien bieten „Big Pharma“ solche attraktiven Kapitalverwertungsmöglichkeiten – mit ähnlichen Risiken und Nebenwirkungen.

Von Jan Pehrke

„Maximale Förderung – minimale Kontrolle“ – mit diesem Slogan wirbt die indische Stadt Hyderabad um Industrie-Ansiedlungen. Besonders Pharma-Betrieben erscheint das attraktiv. Mehr als 500 Unternehmen zählt das Branchen-Verzeichnis der Millionen-Metropole. Von dem „am schnellsten wachsenden Gesundheits-

sektor in ganz Indien“ spricht das von der deutschen Bundesregierung finanzierte Web-Portal *Kooperation international* begeistert.⁽¹⁾ Ein Drittel der Medikamenten-Produktion des Staates stammt aus Hyderabad. Bei den Arznei-Exporten beträgt der Anteil rund 20 Prozent. Im Jahr 2014 machten die Firmen allein damit ei-

nen Umsatz von 15 Milliarden Dollar. Ein zweites Zentrum der indischen Wirkstoff-Fertigung befindet sich in Visakhapatnam, das direkt am Golf von Bengalen liegt.

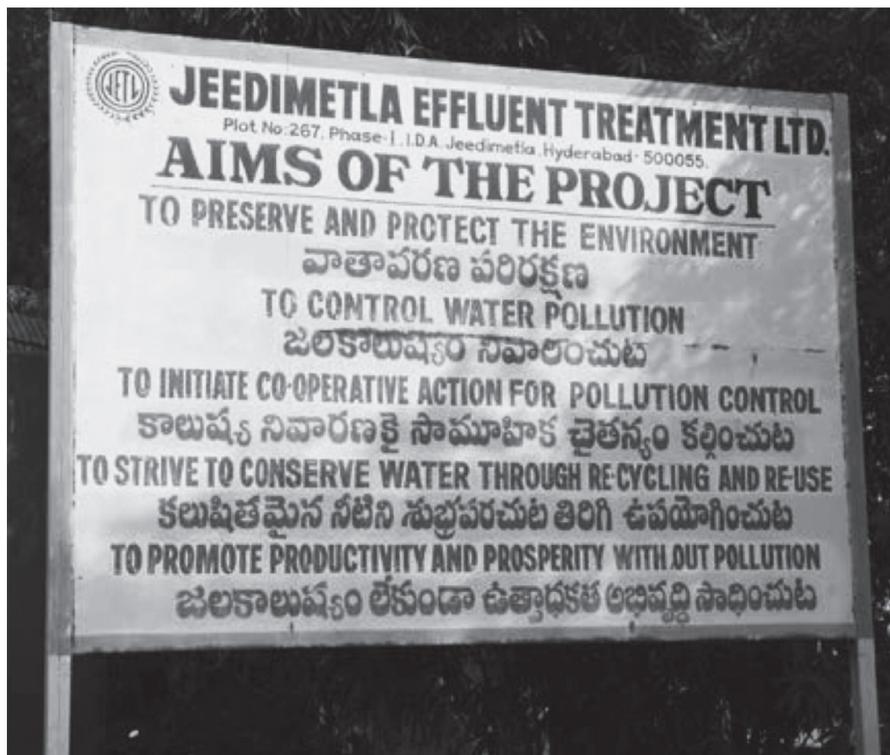
Wie alles anfang

Der Boom setzte mit dem vorerst letzten Globalisierungsschub ein, den 1994 die

Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) einläutete. Wer dem Club angehören wollte, musste vorher das internationale Patentschutz-Abkommen TRIPS anerkennen – dafür hatten vor allem die Lobby-Aktivitäten des US-amerikanischen Pillen-Riesen PFIZER gesorgt. Indien wollte, und so hatte die stärkere Integration des südasiatischen Landes in den Weltmarkt dann auch gleich massive Auswirkungen auf die heimische Arznei-Industrie. Die Unternehmen konnten fortan nicht mehr einfach den Schutz des geistigen Eigentums umgehen, indem sie Pharmazeutika aus den Industrieländern kopierten und billiger weiterverkauften. Deshalb blieb der Pillen-Industrie des Landes nichts anderes übrig, als ihr Geschäftsmodell zu ändern.

Und dabei spielte BAYER eine bedeutende Rolle. Als erster großer Pharmazeutika-Produzent schloss der Konzern 1999 mit einem indischen Unternehmen einen Vertrag ab. RANBAXY schaffte es, das Interesse des Leverkusener Multis für dessen eigenen – und wegen seiner zahlreichen Nebenwirkungen alles andere als unumstrittenen – Antibiotikum-Inhaltsstoff Ciprofloxacin in einer neuen Formulierung zu wecken. Ein Ciprofloxacin, von dem die PatientInnen nur einmal täglich eine Tablette zu nehmen brauchten – das war dem bundesdeutschen Konzern viel Geld wert. Für die weltweiten Vermarktungsrechte über einen Zeitraum von 20 Jahren zahlte er RANBAXY 65 Millionen Dollar. Und im selben Jahr kaufte das indische Unternehmen seinem neuen Partner auch die BASICS GmbH, eine Tochter-Gesellschaft für Nachahmer-Produkte, sogenannte Generika, ab, um einen Brückenkopf nach Europa zu haben.

Allerdings gelang der inzwischen von SUN PHARMACEUTICAL geschluckten Firma ein solcher Coup wie mit Ciprofloxacin seither nicht mehr. Darum muss sie sich weitgehend auf die Funktion des Zulieferers für Pharma-Unternehmen aus den Industrie-Ländern beschränken. Unter anderem stellt RANBAXY/SUN Wirkstoffe für Anbieter von Nachahmer-Präparaten wie HEXAL und RATIOPHARM her. Und diesen „bulk drugs“-Markt bedienen auch AUROBINDO, LUPIN, CIPLA und weitere indische Konzerne, wobei sie die Basis-Substanzen für ihre Produkte zumeist aus China beziehen. Mittlerweile ist ein Fünftel der Generika-Weltproduktion „Made in India“ mit Hyderabad – dem „bulk drugs capital“ – als Zentrum. Zusammen mit dem Reich der Mitte nimmt das Land



Die schönen, aber nur allzu oft nicht erreichten Ziele eines indischen Entsorgungsunternehmens

nunmehr eine bedeutende Position in der globalen Lieferkette von BAYER & Co. ein. Die beiden Staaten verkörpern für die Pharma-Industrie das, was Bangladesh für die Kleider-Branche ist.

Diese Entwicklung ist Teil eines umfassenden Umstrukturierungsprozesses der Pillen-Branche. Den Konzernen gelingt es seit einiger Zeit immer weniger, wirklich neue Arzneien zu entwickeln, die qua Patentschutz Extra-Profit generieren. Sie reagieren darauf mit Rationalisierungsmaßnahmen. So verkleinerten BAYER und die anderen Firmen etwa ihre Forschungsabteilungen. Sie suchen stattdessen mehr die Zusammenarbeit mit Universitäten und/oder kaufen Lizenzen für aussichtsreiche Medikamenten-Kandidaten von außen zu. Eigene Labor-Aktivitäten betreiben die Unternehmen oft nur noch auf Gebieten wie der Onkologie, die große Gewinne versprechen. Zugleich zentralisieren sie die Herstellungsprozesse für ihre Allergiemittel stärker oder geben die Fertigung gleich ganz auf und beziehen die Wirksubstanzen, sowie Hilfs- und Trägerstoffe aus Staaten, die mit günstigen Konditionen locken wie Indien und China.

Risiken & Nebenwirkungen

Der Preis für die geringen Arbeits- und Produktionskosten ist allerdings hoch. Ihn müssen Mensch, Tier und Umwelt gleichermaßen zahlen. Die Fabriken stoßen

nämlich ohne Rücksicht auf Verluste belastende Stoffe aus. Auf manchen Flüssen türmen sich weiße Schäume bis zu einer Höhe von neun Metern auf. Manchmal verschwinden ganze Brücken in ihnen. Das nimmt den AutofahrerInnen die Orientierung und hat schon zu fatalen Unfällen geführt. Die Behörden mussten deshalb bereits Neubauten in Auftrag geben, welche die alten Konstruktionen um mehr als zehn Meter überragen. Andere Emissionen aus den Fabriken verfärben das Wasser gelb, rot oder braun. Und am Grund mancher Seen setzt sich tiefschwarzes, teeriges Sediment ab, das über 60 Meter tief reicht. Aber nicht nur fürs Auge bietet Hyderabad etwas, auch die Nase bekommt viele Sinnes-Eindrücke: ein bestialischer Gestank breitet sich rund um die Hot Spots der Pharma-Produktion aus. Eine Abwasser-Aufbereitung kennen die meisten Firmen in Hyderabad oder Visakhapatnam nicht. Sie leiten die Fertigungsrückstände direkt in die Gullys, Flüsse, Seen oder Meere ein. In Visakhapatnam, das im Bundesstaat Andhra Pradesh liegt, verlaufen unterirdische Pipelines direkt von der „Jawaharlal Nehru Pharma City“ zum Golf von Bengalen. Zudem verklappen die Unternehmen ganze Tankladungen ihrer Hinterlassenschaften in einem nahegelegenen See. Dagegen haben im Hydrabader Industrie-Distrikt Patancheru-Bollaram die Betriebe oft auf ihrem



Schmutzwasser auf dem Weg zum Isnapur-See

Areal Löcher von bis zu 30 Meter Tiefe gebohrt, um dort ihren Produktionsabfall zu entsorgen. Und wenn die Unternehmen die Herstellungsreste tatsächlich zur Behandlung und Entsorgung außer Haus geben, dann erweisen sich die Betriebe, die solche Dienstleistungen anbieten, oft selber nicht etwa als Teil der Lösung, sondern des Problems, weil sie dem Sondermüll mit unzureichenden Verfahren zu Leibe rücken.

WissenschaftlerInnen aus Schweden, die Untersuchungen in Patancheru-Bollaram vornahmen, stellten schon 2007 fest: „Die Abwässer der Arznei-Produzenten enthalten einen extrem hohen Level an Pharma-Rückständen.“(2) Als besonders gesundheitsgefährdend erweisen sich dabei die Antibiotika-Reste. Durch die hohen Dosen von Ciprofloxacin & Co. gewöhnen sich die Krankheitserreger nämlich an die Substanzen und bilden Resistenzen her-

aus. Und dazu kam es an diesem Standort häufig, wie das ForscherInnen-Team 2014 nachwies. In einem See unweit des Pillen-Clusters stieß es auf 81 Gen-Typen von Bakterien, gegen die kein einziges Antibiotikum-Kraut mehr gewachsen war. Sie tummelten sich dort in einer Konzentration, welche diejenige in einem schwedischen See, der als Vergleichsmaßstab diente, um das 7.000-Fache überstieg.

2013 starben in Indien 58.000 Babys, weil sie mit solchen unbehandelbaren Krankheitserregern infiziert waren. Die übrigen Frachten mit Arzneien oder anderen Stoffen haben ebenfalls massive gesundheitliche Folgen. Sie schädigen das Kind im Mutterleib, führen zu Todgeburten und Entwicklungsstörungen, lösen Herz- und Blut-Krankheiten aus, verursachen Augen- und Haut-Probleme und schädigen den Magen.

Tiere leiden nicht minder unter den Abwasser-Einleitungen. Fische finden sich in den Gewässern kaum noch, und den LandwirtInnen stirbt das Vieh weg. Ein Farmer, dessen Büffel in der Nähe von Patancheru grasen und den Isnapur-See als Tränke nutzen, klagte gegenüber dem ForscherInnen-Team von „Changing Markets and Ecostorm“, jedes Jahr die Hälfte

FORUMRECHT

Ausgabe 2/17: Umweltzerstörung - ein survival kit jetzt erhältlich

Onlineshop, ältere Ausgaben und call for papers:

**www.forum-recht-online.de
twitter.com/_ForumRecht**



seiner Herde zu verlieren (3). Und an einem See bei Kazipally stießen Beobachter auf Büffel, denen die Haut in Fetzen vom Leib hing. Zudem produzieren die Rinder viel weniger und obendrein schlechtere Milch als ihre Artgenossen fernab des Medikamenten-Mülls. Auch die Kühe bekommen die Emissionen der Fabriken zu spüren. „Wenn unsere Kühe diese Chemikalien aufnehmen, die über das Wasser auf unsere Weiden gelangen, geben sie statt zehn Litern Milch nur noch zwei. Und das schon nach 15 bis 30 Tagen“, so der Umweltschützer Anil Dayakar(4). Die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen die Substanzen ebenfalls. So erleiden Ziegen, die in der Nähe der Fertigungsstätten weiden und die Produktionsrückstände über das Gras aufnehmen, häufig Fehlgeburten. Überdies nimmt die Ertragskraft der Böden ab, was die Existenzgrundlage der Bauern und Bäuerinnen bedroht. Der Reis der Region nimmt beispielsweise oft eine dunklere Farbe an und verdirbt schneller; darüber hinaus sind die einzelnen Körner nur sehr klein.

Viele Qualitätsmängel

Aber nicht nur das, was von den Fabriken nach außen dringt, stellt eine Bedrohung dar, auch das, was innen drin geschieht, gibt Anlass zur Besorgnis. Immer wieder nämlich fallen die indischen und chinesischen Fertigungsstätten durch fehlerhafte Produkte sowie die Verletzung von staatlichen Vorschriften auf. Während jedoch sowohl den Pharma-Riesen als auch den Gesundheitseinrichtungen ihrer Heimatländer völlig egal ist, was bei den ausländischen Zuliefer-Betrieben alles an Unschönen hinten rauskommt, interessiert sie schon mehr, was vorne passiert. Die Folgen irregulärer Produktionsabläufe bekommen nämlich hauptsächlich die PatientInnen in den westlichen Staaten zu spüren. Deshalb nehmen KontrolleurlInnen dieser Nationen das Innenleben der Pillen-Schmieden regelmäßig unter die Lupe. Und dabei decken sie nur allzuoft Missstände auf. So hat die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA allein im zweiten Halbjahr 2015 bei Inspektionen in den Werken von DR. REDDY’S, SUN PHARMA, ZYDUS CADILA, WOCKHARDT und IPCA LAB gravierende Mängel festgestellt. Der Ernst der Lage hat die „Food and Drug Administration“ 2008 sogar dazu bewogen, eine eigene Zweigstelle in New Delhi aufzumachen, um die Unternehmen, von denen die Pillen-Riesen der Vereinigten Staaten zahlreiche Wirkstoffe oder



Schäume sind Alpträume

Arznei-Zwischenprodukte beziehen, besser im Blick zu haben. Das indische FDA-Pendant CDSCO wartete im März 2017 mit einem noch alarmierenderen Befund auf: 60 Medikamenten attestierte sie in diesem Monat einen „Substandard“. Der Griff zu pharmakologischen Alternativen ist dabei oft nicht mehr möglich. Die neuen Entwicklungen haben nämlich nicht nur zu einer Verlagerung der Fertigung von pharmazeutischer Massenware nach Asien geführt, sondern gleichzeitig auch noch für eine neue Übersichtlichkeit unter den Herstellern gesorgt. Für das Segment der Antibiotika belegt dies eine Studie des Instituts IGES (5). Es hat die Entwicklung in dem Zeitraum von 2005 bis 2015 untersucht und gravierende Veränderungen festgestellt. „Auf Einzelwirkstoff-Ebene hat die Anbieter-Konzentration deutlich zugenommen, die Anbieter-Zahlen sind rückläufig. Auch für die fünf verbrauchsstärksten Antibiotika zeigt sich eine hohe Anbieter-Konzentration“, schreiben die WissenschaftlerInnen. Besonders beängstigend: Im Jahr 2015 gab es schon 23 Antibiotika-Wirkstoffe, die nur noch ein einziger Konzern produziert oder produzieren lässt. Und wenn da mal die Räder stillstehen, weil Anlagen ausfallen oder die Behörden die Unternehmen zu einem Rückruf von „Substandard“-Präparaten veranlassen, droht den Gesundheitssystemen der halben Welt Ungemach. Diese Gefahr steigt gleichfalls bei den Medikamenten, die BAYER & Co noch selber fertigen, haben die Multis im Zuge von Effizienz-Maßnahmen doch oft die Fertigungsstätten drastisch reduziert. So hat sich in den USA dann auch die Zahl der zeitweise nicht erhältlichen Medikamente bereits von 2006 bis 2010 auf über

200 verdreifacht. Mittlerweile ist die Situation noch bedrohlicher geworden. Nach Angaben des „Bundesverbandes deutscher Krankenhaus-Apotheker“ fehlten allein im Februar 2017 280 Wirkstoffe, darunter 30 für die Therapie schwerwiegender Krankheiten eigentlich unverzichtbare Mittel. Zwar haben die Engpässe manchmal durchaus andere Gründe – nicht wenige Hersteller oder Großhändler bedienen beispielsweise überwiegend nur die Länder, in denen hohe Pillen-Preise locken –, aber die Veränderungsprozesse innerhalb

KAZ

Kommunistische Arbeiterzeitung Nr. 360

September 2017 1,50 Euro

Industrie 4.0

und weitere Artikel u.a.
Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die antimonopolistische Strategie

erscheint vierteljährlich www.kaz-online.de

Einzelheft Euro 1,50 Redaktion der Kommunistischen Arbeiterzeitung
Jahresabo Euro 10,00

Tel/Fax: 0911-356913 Reichstraße 8
gruppeKAZ@kaz-online.de 90408 Nürnberg



Abwasser-Einleitungen in Rajiyypeta

der Pharma-Industrie haben doch einen Hauptanteil an diesem Dilemma. „Es handelt sich um ein grundsätzliches Problem eines globalisierten Rohstoff-Marktes, in dem Hersteller ihre Produktionskosten zu optimieren versuchen“, konstatiert Matthias Mohrmann von der AOK Rheinland. (6)

BAYER immer mit dabei

Die Veränderungsprozesse bei den Rohstoffen und anderen Bestandteilen des

Pharma-Geschäftes hat der Leverkusener Multi alle mitvollzogen – ohne Rücksicht auf Verluste. So reduzierte er wie die Konkurrenz sein Arznei-Angebot sowie die eigenen Forschungsaktivitäten. Der BAYER-Konzern setzte stattdessen verstärkt auf Kooperationen mit Universitäten und kaufte verheißungsvoll erscheinende Medikamenten-Entwicklungen von außen zu. Auch suchte das Unternehmen – nicht zuletzt als Reaktion auf stärkere Bestrebungen vieler Aufsichtsbehörden,

die Pharma-Preise zu regulieren – nach Rationalisierungsmöglichkeiten im Bereich der Fertigung. Es konzentrierte die Herstellung einzelner Wirkstoffe stärker auf bestimmte Standorte und stieß die Produktion vieler Substanzen ab.

Umso wichtiger wurde das „Supply Chain Management“. Das Aufgabenfeld in diesem Bereich beschreibt BAYER seinen künftigen Angestellten so: „Sie steuern unter anderem Logistik-Prozesse an einem Standort, sind verantwortlich für eine komplette Lieferkette und koordinieren global die Bedarfs- und Produktionsplanung eines Wirkstoffs oder Produkts. Auf diese Weise arbeiten Sie an der kontinuierlichen Verbesserung von Kosten, Flexibilität und Liefer-Zuverlässigkeit“. (7)

In Indien und China haben die „Supply Chain“-ManagerInnen da sehr viel zu tun. 3.785 bzw. 3.432 Lieferanten aus diesen Ländern zählt der neueste Geschäftsbericht auf. Einen Wert von 2,4 Milliarden Euro hatten die Einkäufe insgesamt. Und der Anteil der Pharma-Sektion daran dürfte kein ganz geringer sein. Ganz genau lässt sich das nicht bestimmen, denn die Konzerne halten sich da bedeckt. Sie sehen ein „Made in India“ oder „Made in China“ nämlich ungern auf ihren Medika-

Die beste Zukunftsanlage ist die soziale Gerechtigkeit.



Übliche Geldanlagen ziehen ihre Rendite aus Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Zerschlagung der sozialen Netze, Privatisierung der Daseinsfürsorge für die Profite der Ultra-Reichen. ProSolidar verzichtet auf Rendite. Und finanziert stattdessen Einsatz für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Frieden sowie für Konzernkritik.

Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Bitte schick mir kostenlos und unverbindlich weitere Informationen.

Ja, ich zeichne eine Einlage bei ProSolidar

Festeinlage (ab 500 Euro) Euro

Spareinlage (mind. 20 Euro/mtl.) Euro

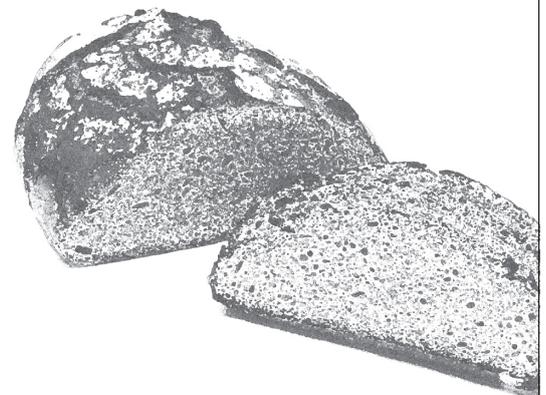
Fordern Sie das kostenlose Anlage-Prospekt an!

Hinweis: Ich kann/mehrere Male von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Gläubiger-ID: DEBFR00000072647

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname _____	Alter _____	Beruf _____
Straße, Hausnr. _____		PLZ, Ort _____
Mail _____	Telefon _____	
Geldinstitut _____	Bankleitzahl bzw. BIC _____	
Konto-Nr. bzw. IBAN _____	Datum, Unterschrift _____	

Bitte ausschneiden und zurücksenden an: **ProSolidar** / Schweidnitzer Str. 41 / 40231 Düsseldorf
Tel. 0211 - 26 11 210 / Fax 0211 - 26 11 220 / Mail info@ProSolidar.net / www.ProSolidar.net



menten-Packungen. Umgekehrt werben die Firmen aus diesen Staaten hingegen gern mit ihren „Big Pharma“-Kunden, weshalb doch so einige einige Informationen nach außen dringen. So wertet der jetzige RANBAXY-Besitzer SUN den Ciprofloxacin-Deal mit BAYER immer noch als „Meilenstein“ der Unternehmensgeschichte.

Die profane Produktion des Wirkstoffes lastet aber wie ein Mühlstein auf Mensch, Tier und Umwelt in Indien. Heute, lange Jahre nach dem Auslaufen des BAYER-Patents, stellt längst nicht mehr nur RANBAXY/SUN die Substanz her. Sie findet sich dank der hohen Nachfrage vieler westlicher Konzerne im Angebot zahlreicher Firmen aus Hyderabad – und dementsprechend häufig in den Flüssen und Seen. Schwedische WissenschaftlerInnen stießen in den Abwässern des Entsorgungsunternehmens in Patancheru, welches die Pharma-Rückstände der Firmen eigentlich so gut es geht neutralisieren sollte, auf eine Ciprofloxacin-Konzentration von bis zu 31.000 Mikrogramm pro Liter. Diesen Wert erreichten die anderen Antibiotika nicht einmal annähernd. Losartan kam „nur“ auf 2.400 bis 2.500 Mikrogramm und Enrofloxacin, unter anderem Wirkstoff



Abwasser-Einleitungen in Rajiyyapeta

von BAYERS Veterinär-Antibiotikum BAY-TRIL, „bloß“ auf 780 bis 900 Mikrogramm. 45 Kilogramm Ciprofloxacin emittiert die „Patancheru Communit Effluent Treatment Plant“ binnen 24 Stunden. Das würde reichen, um ganz Schweden mit seinen neun Millionen EinwohnerInnen über fünf Tag hinweg mit dem Pharmazeutikum zu versorgen, rechneten die ForscherInnen vor.(8) Sie kritisieren deshalb die unzureichenden Verfahren zur Behandlung des

pharmazeutischen Sondermülls und warnen: „Die hohen Konzentrationen einiger Breitband-Antibiotika lassen Resistenz-Bildungen befürchten. Die Konzentration der am häufigsten nachgewiesenen Substanz, Ciprofloxacin (...), überschreitet die für einige Bakterien letale Dosis um das 1000-Fache.“

Aber die „Supply Chain“-ManagerInnen des Leverkusener Multis können bei ihrer „Bedarfs- und Produktionsplanung“ nicht

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
 info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
 Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
 BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE
 erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Erhältlich auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen



Rückstände aus der Pharma-Produktion in Upal

nur in Sachen „Ciprofloxacin“ und Enrofloxacin auf Lieferanten aus Hyderabad und anderen Regionen Indiens zurückgreifen. Andere Wirkstoffe von BAYER-Medikamenten wie zum Beispiel Aspirin, Moxifloxacin, Nifedipin, Vardenafil und Naproxen bieten die dortigen Unternehmen ebenfalls an.

Darüber hinaus ist der bundesdeutsche Pharma-Riese in dem südasiatischen Staat auch selbst vor Ort. Im Jahr 2011 gründete er mit dem indischen Unterneh-

men ZYDUS CADILA ein Joint Venture, um „die Präsenz in Schwellenländern weiter auszubauen“. Nicht zuletzt hatte ZYDUS’ „herausragendes Netzwerk von Distributoren und anderen Branchen-Partnern“ es dem Konzern angetan.(9) Und auf das dürfte BAYER ZYDUS PHARMA bei der Organisation der Lieferkette für die Fertigung seiner Medikamente, deren Spektrum von ALASPAN, ANGIOGRAFIN und BAYCIP über GLUCOBAY und NEXAVAR bis hin zu XARELTO, YASMIN und YAZ

reicht, bevorzugt zurückgreifen. Dementsprechend sieht es mit der Qualität aus. Sowohl die FDA als auch die in New Delhi ansässige Medikamenten-Aufsicht CDS-CO beanstandeten schon Produktionsprozesse bei ZYDUS CADILA.

In China unterhält der Leverkusener Multi ebenfalls Pharma-Fabriken. Seit der Übernahme von DIHON tummelt er sich sogar auf dem Markt der traditionellen chinesischen Medizin. Und die einzelnen Glieder seiner Lieferkette fädelt er wohl auch kaum woanders auf, denn: „Um adäquat auf die Anforderungen unserer Standorte reagieren zu können und die regionale Wirtschaft zu stärken, kauft BAYER nach Möglichkeit lokal ein.“(10)

Unter anderem tut der Konzern das bei SINOPHARM, dem größten Arzneistoff-Produzenten im Reich der Mitte. Das staatlich kontrollierte Unternehmen hält sich viel darauf zugute, BAYER nach der Firmen-Gründung 2006 als einen seiner ersten Kunden gewonnen zu haben und rühmt sich einer „umfangreichen und tiefen Kooperation mit dem Unternehmen“. Im Jahr 2013 statteten „Supply Chain“-ManagerInnen des Leverkusener Multis dem Geschäftspartner sogar einen Hausbesuch ab. Laut SINOPHARM stand dabei unter anderem ein Gespräch über „die Funktion

BAYER - Aktien

in Aktion!

Stimmrechte übertragen. Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.

Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.

Bitte ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

www.cbgnetwork.org

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
 - Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.
 - Ja, ich spende €
 - Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr
 - Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).
Mein Beitrag soll im Jahr betragen (mind. 60 €/Jahr) €
 - Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich
 - halbjährlich jährlich
- Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

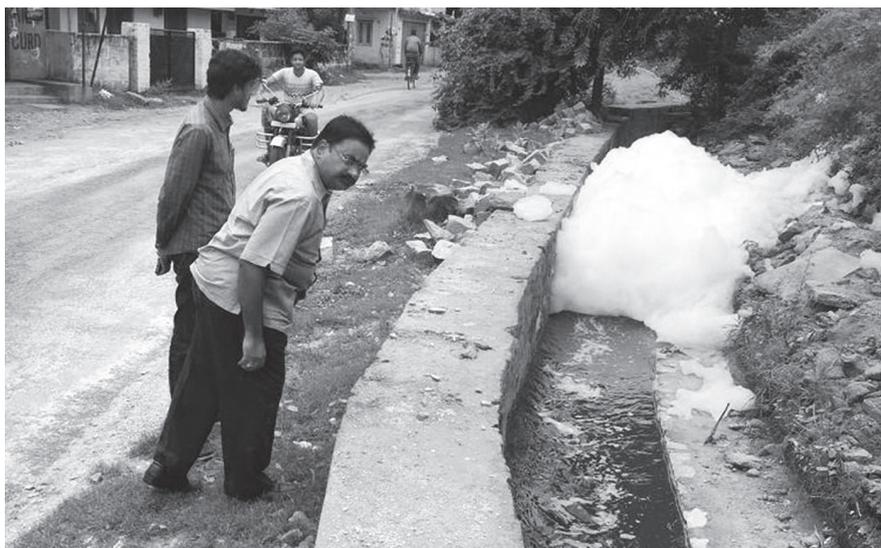
Name, Vorname	Alter	Beruf
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort	
eMail	Telefon	
Geldinstitut	Bankleitzahl bzw. BIC	
Konto-Nr. bzw. IBAN	Datum, Unterschrift	



Hinweis: Ich kann mich nicht selbst als Mitglied bezeichnen, sondern nur als Unterstützer. Die Mitgliedschaft ist mit dem Beitrag verbunden. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. CBG-Logo: 0000002/1028

der Lieferketten in der Entwicklung der Pillen-Industrie und darüber, wie jene zu optimieren sind“ auf dem Programm.(11) Über Optimierungsbedarf ganz anderer Art redeten die Firmen-VertreterInnen bei ihrem Treffen sicherlich nicht. Der chinesische Multi hat nämlich mit seinen zwei Produktionsanlagen in Datong nicht unwesentlich dazu beigetragen, die Stadt in Sachen „Umweltverschmutzung“ führend im ganzen Land zu machen. So leitete er 30.000 Tonnen mit Pharma-Rückständen belasteten Schwarzschlamm und antibiotika-haltige Abwässer in Flüsse der Umgebung ein. Unter anderem deshalb forderten die lokalen Behörden 2010 von SINOPHARM, den Standort aufzugeben und sich woanders anzusiedeln – geschehen ist bisher jedoch nichts.

Und schließlich haben die ganzen Umstrukturierungen in der Branche mit den neu aufgefädelten Gliedern der Lieferketten und den Konzentrationsprozessen in der Produktion auch bei BAYER-Medikamenten immer häufiger zu Versorgungsengpässen geführt. Lieferschwierigkeiten gab es in letzter Zeit bei ADALAT, ADVATAN, ALKA-SELTZER, ASPIRIN i. V. 500 mg, BEPANTHEN, LAIF, RESOCHIN und XOFIGO. Auf der Suche nach den Gründen dafür weist die Spur allerdings nur bei

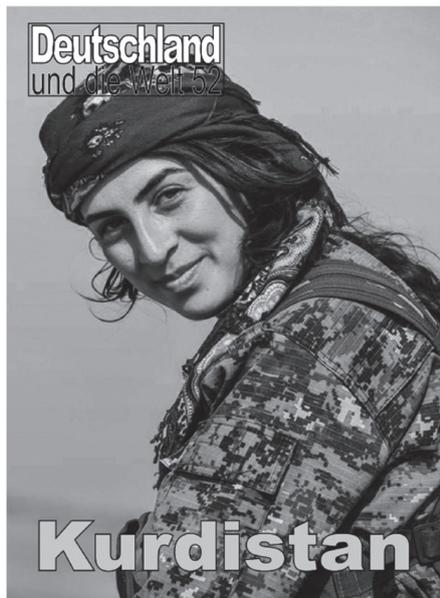


ADALAT und RESOCHIN nach Indien. Den ADALAT-Wirkstoff Nifedipin bezog der Pillen-Riese nämlich von dem isländischen Unternehmen ALVOGEN, das über beste Geschäftsbeziehungen zu Zulieferern aus diesem Land verfügt. Darum spricht einiges dafür, dass es in einer der dortigen Pharma-Küchen zu einer Verwechslung der Zutaten für die Zubereitung von Medikamenten des Leverkusener Multis kam und versehentlich etwas Sorafenib (der Wirkstoff von BAYERS NEXAVAR) in den

Nifedipin-Topf geriet, was schließlich einen Rückruf unausweichlich machte. Bei RESOCHIN könnte es ebenfalls ein indisches Glied in der Lieferkette gegeben haben, das sich verhakht hat. Die Malaria-Arznei mit dem Wirkstoff Chloroquin-Phosphat findet sich nämlich in der Produkt-Palette von BAYER ZYDUS PHARMA. Zudem beklagte mit RISING PHARMACEUTICAL auch ein Konzern in den fernen USA Probleme bei der Bereitstellung von Chloroquin-Phosphat, was auf

Kurdistan

1921 wurde Kurdistan zwischen der Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt. Heute sind die Verhältnisse im Umbruch:



Die Türkei gibt sich gerade eine neue Verfassung, mit dem Präsidenten als Alleinherrscher. Der Iran erlebt immer mehr Protest und Widerstand gegen die autoritäre Diktatur. Der Irak existiert als Staat zur Zeit faktisch nicht mehr. Das autonome Kurdistan strebt nach Selbständigkeit. Syrien ist als Staat zusammengebrochen, mehr als 1200 Milizen ringen um die Macht. Eine der stärksten Milizen ist die kurdische YPG. Rojava ist faktisch selbständig, aber täglich bedroht. Wie geht es weiter? Die Broschüre beschreibt die Situation der Kurdinnen und Kurden in den vier Ländern, unter denen sie nach dem Ersten Weltkrieg aufgeteilt wurden. Es geht auch ausführlich auf heikle Punkte ein, so die Spannungen zwischen den verschiedenen Parteien, Strömungen und Gebieten.

Reinhard Pohl: **Kurdistan**
2017, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de



CBG bei der Arbeit

1984 explodierte in einem Pestizid-Werk des US-Unternehmens UNION CARBIDE CORPORATION am Standort Bhopal ein mit Methylisocyanat (MIC) gefüllter Tank. Zehntausende Menschen starben direkt am 3. Dezember oder an den Spätfolgen. BAYER als europaweit einziger Hersteller von MIC besaß umfassende Informationen über die Wirkung der Substanz auf den menschlichen Organismus, stellte sie den indischen Behörden aber nicht zur Verfügung. Der Konzern schickte zwar ExpertInnen nach Bhopal, betrachtete das Katastrophengebiet aber lediglich als riesiges Freiland-Labor für eigene Studien. Und im Jahr 2001 erwarb der Leverkusener Multi aus der Erbmasse von UNION CARBIDE sogar das US-amerikanische Reverenz-Werk von Bhopal. Bevor er es 2015 wieder verkaufte, kam es dort permanent zu Störfällen, die auch Menschenleben kosteten.

Aus all diesen Gründen hat dieses Desaster in der Arbeit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) immer eine große Rolle gespielt – und tut es bis heute. Die CBG organisierte am 22. 8. gemeinsam mit ETHECON eine Veranstaltung zu dem Thema. In der Kölner Alten Feuerwache hielt Devendra Kumar Panchal von der Bhopaler „Sambhavna Trust Clinic“ einen Vortrag. Er gab umfassend Einblick in die Arbeit des Krankenhauses, das sich der Behandlung der alten – und neuen – Geschädigten widmet. Immer noch gelangen Chemikalien wegen völlig unzureichender Sanierungsmaßnahmen in die Umwelt und lösen Gesundheitsstörungen aus. Devendra berichtete von dem gleichfalls noch immer fortdauernden Kampf der BhopalerInnen darum, den Konzern UNION CARBIDE bzw. seine Rechtsnachfolger für den Chemie-GAU zur Verantwortung zu ziehen.

Die Stadt in Indien wird auf Ewigkeit ein Mahnmal für die von BAYER & Co. ausgehenden Gefahren sein – darin waren sich Devendra Kumar Panchal und seine ZuhörerInnen am Ende einig.



Büffel grasen am verseuchten Isnapur-See

spärliche Quellen für den Stoff und damit auf Hyderabad oder andere „bulk drugs capitals“ in Asien verweist.

Die Menschen in diesen „bulk drugs capitals“ leiden immens unter den Folgen der Globalisierung des Arznei-Marktes und kritisieren das Treiben von BAYER & Co. deshalb massiv. „Ausländische Unternehmen beuten clever indische Ressourcen aus und verschmutzen Wasser und Böden, während sie ihre eigenen Länder sauber und sicher halten“, konstatiert etwa der Richter M. C. Mehta.(12) Der Sozialwissenschaftler Vijay Gudavarthy pflichtet ihm bei. Nach Meinung des Forschers hat die Integration des Staates in die Lieferketten von Big Pharma „signifikante Kosten für die Bevölkerung verursacht, sowohl in Hinsicht auf ihren Besitz und ihre Gesundheit als auch in Hinsicht auf die natürlichen Ressourcen und die Umwelt“. (13) Und es bleibt nicht bei Worten: Die InderInnen gehen mehr und mehr auf die Straße. In Hyderabad etwa zogen sie vor das Gebäude der lokalen Umweltbehörde und hielten dabei Flaschen mit dem kontaminierten braunen Wasser hoch, das bei ihnen zuhause aus den Leitungen kommt. „Die Menschen hier demonstrieren gegen die lokale Pharma-Industrie. Sie verschmutzt das Wasser und die Luft. Wir Anwohner fordern, dass die Regierung etwas gegen die Chemie-Industrie unternimmt“, sagte ein Protestler dem Reporter von *Deutschlandfunk Kultur*.(14) Zudem haben AktivistInnen bereits zahllose Prozesse angestrengt, aber das Gesetz stand bislang immer auf Seiten der Konzerne.

Die Risiken und Nebenwirkungen des neuen Akkumulationsregimes der Phar-

ma-Industrie bleiben dabei nicht auf Indien und China beschränkt. Zumindest die Gefahren der ohne Rücksicht auf Verluste vorangetriebenen Produktion von Antibiotika-Wirkstoffen für den Weltmarkt machen auch vor den westlichen Industrieländern nicht Halt. Unter anderem durch TouristInnen finden die Keime ihren Weg in die Erste Welt. Von einer „Globalisierung der Erreger“ spricht der Leipziger Infektionsforscher Christoph Lübbert in diesem Zusammenhang.(15)

Tim Eckmanns vom Berliner Robert-Koch-Institut macht den Konzernen deshalb schwere Vorwürfe. Sie torpedierten die Bemühungen der MedizinerInnen, den zunehmenden Resistenz-Bildungen gegen Antibiotika Herr zu werden, weil sie „möglichst billig produzieren“ wollten, so Eckmanns: „Es ist schockierend, dass die Pharma-Industrie diese lebensrettenden Anstrengungen unterläuft.“(16)

Lippenbekenntnisse

Natasha Hurley von „Changing Markets“ fordert Maßnahmen von BAYER & Co. Die Pharma-Riesen „sollten Firmen, die die Umwelt verschmutzen, auf die schwarze Liste setzen“, meint die Aktivistin.(17) Eigentlich sind die Konzerne sogar dazu gezwungen, entsprechende Aktivitäten zu entfalten, denn die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verpflichten sie eindeutig dazu. Dem Kodex der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“, der 35 große Industrie-Staaten angehören, unterliegen nämlich nicht nur für die eigenen Produktionsstätten der Firmen, sondern auch ihre Zulieferer. So heißt es im 17. Leitsatz: „Die

Aktivitäten der Unternehmen, bei denen es zu verhindern gilt, dass sie in Angelegenheiten, die unter die Leitsätze fallen, negative Auswirkungen verursachen oder verstärken, umfassen auch ihre Aktivitäten im Rahmen der Zuliefer-Kette.“(18) Und explizit müssen die Gesellschaften den OECD-Richtlinien zufolge „auf der Ebene des jeweiligen Unternehmens und gegebenenfalls seiner Zuliefer-Kette ständig um eine Verbesserung ihrer Umwelt-Ergebnisse bemüht sein“.

Pro forma bekennt sich der Leverkusener Multi auch dazu. „Für BAYER ist die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards in der Lieferkette ein elementarer Wertschöpfungsfaktor und wichtiger Hebel zur Risiko-Minimierung“, heißt es im Geschäftsbericht für das Jahr 2016. Allerdings sprechen die vom Konzern in anderen Zusammenhängen immer wieder gern beschworenen Fakten eine andere Sprache.

Da gibt sich der vom Pillen-Riesen selbst gegründete „Verband der forschenden Arzneimittel-Hersteller“ (VFA) schon ein wenig selbstkritischer. „Defizite seien möglich“, räumt Rolf Hömke aus der VFA-Pressestelle im Hinblick auf die Situation in Indien und China ein.(19) Er gelobt aber

Besserung und verweist dabei auf eine Reihe von Initiativen, welche die Industrie gestartet hat. Auf ihrer Homepage nennt die Lobby-Organisation dabei namentlich die „Industry Roadmap for Progress on Combating Antimicrobial Resistance“. Darin geloben die Unternehmen dem VFA zufolge, ihre Lieferketten zu kontrollieren und gegebenenfalls „das Abfall- und Abwasser-Management zu verbessern“. (20) NOVARTIS, SANOFI, PFIZER, ASTRAZENECA und neun andere Firmen haben die entsprechende Erklärung im September 2016 unterschrieben – der Name BAYERs fehlt allerdings auf der Liste. Lediglich der „Pharmaceutical Supply Chain Initiative“ gehört der Leverkusener Multi an.

Allerdings wäre es mehr als naiv, in dieser Sache auf die Problemlösungskompetenz der Pharma-Riesen zu vertrauen. Ihre Selbstverpflichtungserklärungen dienen in der Regel nur dazu, verbindlichen Auflagen vorzubeugen. Aber genau dazu muss es kommen. Es gilt, BAYER & Co. zu einer rückhaltlosen Aufklärung über ihre Lieferketten zu zwingen. Zudem sollten die Unternehmen nach Ansicht der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) die Pflicht haben, die Herkunft der Wirkstoffe auf den Medikamenten-Packungen

Echo

Fr. M: Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich mal wieder ausdrücklich bedanken. Ich danke Ihnen für ihre unermüdliche Arbeit, oftmals bis zur Selbstaussbeutung aufgrund zu weniger Schultern zum Verteilen der Arbeiten.

zu vermerken, ganz so wie es H&M und die anderen Bekleidungsfirmen auf den Etiketten ihrer Ware auch tun. Darüber hinaus hält es die CBG für unabdingbar, die international geltenden Qualitätsnormen, die Hersteller bei der Fertigung von Medikamenten zu beachten haben, zu erweitern und um Regeln für eine umweltgerechte Produktionspraxis zu erweitern. Schließlich ist eine bessere Kontrolle der Vorschriften nötig. Und nicht zuletzt darf ein Verstoß gegen die Richtlinien nicht ohne ernsthafte Konsequenzen bleiben. Das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizin-Produkte“ muss den Konzernen die Lizenz für die Vermarktung bestimmter

Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!

Konzern-Willkür beenden!



Wir zeigen, was dahinter steckt!

Abonnieren Sie STICHWORT BAYER.

STICHWORT BAYER - viermal jährlich über Konzern-Widerstand und Problemanalysen. Spannend, informativ und faktenreich.

1978 - 2008
30 Jahre CBG
www.CBGnetwork.org
Coordination gegen BAYER-Gefahren

Ja, ich möchte Stichwort BAYER abonnieren für jährlich Euro

Personen mind. 30,00 Euro, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 Euro, höhere Beträge sind erbeten).

Coupon bitte zurücksenden an
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40, CBGnetwork@aol.com

www.CBGnetwork.org

Die Abo-Gebühr soll monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich abgebucht werden.

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Abo-Gebühr ausfüllen. Danke.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname	Geburtsjahr
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Strasse, Hausnr.	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geldinstitut	Bankleitzahl
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift
<input type="text"/>	<input type="text"/>

➔

Au weia, BAYER



Auch BAYER kann Christo. Der Agro-Riese greift immer dann zur Verhüllungskunst, wenn Protest gegen die Unternehmenspolitik im Anmarsch ist. Er will nämlich nicht zusammen mit DemonstrantInnen auf einem Presse-Bild gesehen werden. So machte er dann auch am 6. September 2017 sein Logo vor der Konzern-Zentrale unerkennlich, als die Initiative MEINE LANDWIRTSCHAFT dem Global Player im Rahmen ihrer „Wir haben es satt!“-Aktionstour einen Besuch abstattete. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl wollte die Organisation die Aufmerksamkeit auf drei besonders gravierende agrar-politische Problemfelder lenken, und die vom Leverkusener Multi geplante MONSANTO-Übernahme war neben dem Landraub und den Tier-Fabriken eines davon. Das sah die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN natürlich genauso. Gemeinsam mit vielen anderen Gruppen unterstützte sie MEINE LANDWIRTSCHAFT deshalb an dem Tag vor Ort.

Arzneien entziehen, wenn die Fabrikation von deren Wirkstoffen Mensch, Tier und Umwelt gefährdet. Für solche Maßnahmen treten nicht zuletzt die BewohnerInnen von Hyderabad an. So appellierte etwa der Arzt Kishan Rao an den Westen: „Lassen Sie uns nicht im Stich. Stoppen Sie den Bezug von Medikamenten aus dieser Gegend. Sie kaufen hier, um Ihr Leben zu retten, auf Kosten anderer. Ist es denn ein Verbrechen, Bewohner dieser Gegend zu sein?“ (21)

Seine Worte verdienen umso mehr Beachtung, als sich die Zustände noch zu verschlimmern drohen. Der indische Staat will nämlich unabhängiger von den Importen pharmazeutischer Vorprodukte aus China werden und mehr Glieder der globalen Wertschöpfungskette im Land selber ansiedeln. Deshalb schiebt er neue Projekte für Industrie-„Parks“ an. So plant der Bundesstaat Telangana auf einem Areal von fast 4.500 Hektar eine „Hyderabad Pharma City“ im Stadtteil Rangareddy und scheut dabei nicht einmal davor zurück, 2.400 Hektar Wald plattzumachen. Und im August 2017 kündigte der Ministerpräsident von Andhra Pradesh, N Chandrababu Naidu, neue Pillen-Cluster in den Distrikten Visakhapatnam, Kadapa, Nellore und East Godavari an. Verschärfte Auflagen haben die Betriebe dort nicht zu befürchten. Die Regierung von Premier Narendra Modi beabsichtigt im Gegenteil, Vorschriften für Unternehmen aller Industrie-Bereiche zu lockern, um dem Staat ungeachtet der vielen Risiken und Nebenwirkungen eine bessere Position im globalen Wettbewerb zu verschaffen. ←

- (1) www.kooperation-international.de
- (2) Joakim Larsson et. al.: Effluent from drugs manufactures contains extremely high levels of pharmaceuticals; *Journal of Hazardous Materials* (148)
- (3) Changing Markets and Ecostorm: Impacts of pharmaceutical pollution on communities and environments in india
- (4) Peter Podjavorsek: Schmutzige Medikamente; www.deutschlandfunkkultur.de
- (5) Martin Albrecht et. al.: Versorgungsrelevanz generischer Antibiotika – Marktentwicklung, Regulierung und Versorgungssicherheit
- (6) Mehrere Antibiotika werden knapp; *Rheinische Post* 14.02.17
- (7) Globales Trainee-Programm für Supply Chain Management; <https://career.bayer.com/de>.
- (8) Joakim Larsson et. al.: Effluent from drugs manufactures contains extremely high levels of pharmaceuticals; *Journal of Hazardous Materials* (148)
- (9) BAYER stärkt Pharma-Geschäft in Indien durch Joint Venture mit ZYDUS CADILA; <https://www.pressebox.de>
- (10) BAYER-Geschäftsbericht 2016
- (11) BAYER HEALTHCARE COMPANY visited SINO-PHARM Beijing Logistic Centre; www.sinopharmholding.com
- (12) Changing Markets and Ecostorm: Impacts of pharmaceutical pollution on communities and environments in india
- (13) Changing Markets and Ecostorm: Impacts of pharmaceutical pollution on communities and environments in india
- (14) Peter Podjavorsek: Schmutzige Medikamente; www.deutschlandfunkkultur.de
- (15) Tödliche Erreger im Pharma-Abwasser; *taz* 05.05.17
- (16) Superkeime im Pharma-Abwasser; *Süddeutsche Zeitung* 19.10.16
- (17) Superkeime im Pharma-Abwasser; *Süddeutsche Zeitung* 19.10.16
- (18) OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen; Ausgabe 2011
- (19) Resistente Keime in Pharma-Abwässern entdeckt; *Spiegel online* 04.05.17
- (20) Wege zu verbindlichen Umweltstandards in der Antibiotika-Produktion in Asien; www.vfa.de
- (21) Peter Podjavorsek: Schmutzige Medikamente; www.deutschlandfunkkultur.de

PLANERIN 2018 Buchkalender für Frauen

- A5-Format, jede Woche im Überblick
- Berichte und Geschichten rund um TERRE DES FEMMES
- Anhang mit Adressen, Infos und Ferienterminen
- Stabile, verdeckte Ringbindung
- Praktischer Einschub-Umschlag
- Herausnehmbares Adressbuch
- 13,-€, erhältlich bei TERRE DES FEMMES: ISBN 978-3-936823-26-4



TERRE DES FEMMES

Menschenrechte für die Frau e. V.
Gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei
Brunnenstraße 128, 13355 Berlin
Tel. 030/40 50 46 99-0
info@frauenrechte.de · www.frauenrechte.de



Jahrestagung 2017

Samstag, 21. Oktober, 10.00 - 18.00 Uhr

Einlass ab 9:30 Uhr

Saal Bürgerhaus im Stadtteilzentrum Bilk
 Bachstr. 145, 40217 Düsseldorf

Das Land, das Gift, die Ernährung

Entwicklung & Gefahren der Agrarwirtschaft.

Jetzt anmelden
 kostenfrei, aber anmeldepflichtig

Am Beispiel des BAYER-Konzerns.



- Ich melde mich verbindlich zur CBG-Jahrestagung 2017 mit Personen an.
 (bitte die Anschriften aller Personen angeben, ggfs. gesondertes Blatt beilegen)
 Ich bin Fördermitglied der CBG ja nein
- Widerstand gegen Konzernmacht ist notwendig. Ich werde Fördermitglied und lege meinen jährlichen Beitrag fest auf (mind. 60 €/Jahr) Euro
 Den Beitrag bitte abbuchen jährlich halbjährlich vierteljährlich monatlich

Bitte bucht meine Spende in Höhe von Euro bzw. meinen Beitrag (s.o.) ab:

Antwort
 Coordination gegen
 BAYER-Gefahren (CBG)
 Postfach 15 04 18
 40081 Düsseldorf

Name, Vorname _____	Alter _____	Beruf _____
Straße, Hausnr. _____		PLZ, Ort _____
Mail _____	Telefon _____	
Geldinstitut _____	Bankleitzahl bzw. BIC _____	
Konto-Nr. bzw. IBAN _____	Datum, Unterschrift _____	

Ich ermächtige die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Zahlungen von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich den Kreditinstitut an, die von der CBG an mein Konto gezielten Lastschriften einzulassen. Ich kann mich absetzen. Wenn ich die Erstattung des belasteten Betrages verweigere, ist dies mit meinem Kreditinstitut vereinbart. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



Die Blätter fallen

Wir nicht!

**Aber: Unser Widerstand braucht Geld.
Jetzt spenden. Jetzt Fördermitglied werden.**

Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht. Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit. Rund um die Uhr. Solidarprinzip statt Profitprinzip.

Spendenkonto

IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91 / BIC GENODEF1ETK

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld.

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
www.CBGnetwork.org * Info@CBGnetwork.org

